Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreinzahlung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 21. März 1931

35. Jahrgang

Nummer 12

Arbeiterschaft und Kultur

Die folgenden Ausführungen verdanken ihre Entstehung einem praktischen Anlaß. Im Februar dieses Jahres be- suchten 40 Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter die Bundes- und Landes- schule in Bernau. Gleich im Anfang der Kursstätigkeit hatten wir einen Dis- kussionsabend über das hier gestellte Thema „Arbeiterschaft und Kultur“, um damit eine bedeutsame Seite der Bildungsarbeit an der Bundes- und Landes- schule einzuleiten, die uns als Lebensgestaltung neben dem Unterricht gestellt ist.

Dieser Diskussionsabend hat nun den Kursus der Steinarbeiter, den übrigens die Gebiete der Geschichte, Literatur und Kunst auf- fallend stark interessiert haben, lebhaft beschäftigt und am Ende zu dem Wunsche geführt, einige Gedanken der Diskussion schrift- lich festzuhalten und im „Steinarbeiter“ zu veröffentlichen, wenn sie die Bundes- und Landes- schule bereits verlassen haben. Ich komme diesem Verlangen gerne nach und veröffentliche einige Fragen, die sich aus unserer praktischen Aufgabe der Lebensgestaltung ergeben, heraus- zuheben.

Das Interesse der Schüler wandte sich zunächst der Frage zu, was Kultur ist. Das ist vollst. verständlich. Ueber die Kultur- aufgaben der Arbeiterschaft ist so oft gesprochen und geschrieben worden, daß es notwendig ist, in allgemeiner verständlicher Worten den Begriff der Kultur voranzuschicken. Daß es an dem Dis- kussionsabend nicht gleich geschah, führte von vornherein zu einer lebhaften Diskussion, die sich erübrigt hätte, wenn eine Klarstel- lung erfolgt wäre.

Kultur ist nicht Zivilisation. Gewerkschaftsaufgaben sind zunächst zivilisatorischer Art. Ihre Bestrebungen um eine materielle Besser- stellung der Arbeiterschaft, eine ausreichende Versorgung und Sicherheit sind noch keine Kulturarbeit. Kultur ist die geistige Arbeit, die sich nicht nur um die materielle Versorgung und Sicherheit, sondern auch um die geistige Entwicklung der Arbeiterschaft handelt. Kultur ist die geistige Arbeit, die sich nicht nur um die materielle Versorgung und Sicherheit, sondern auch um die geistige Entwicklung der Arbeiterschaft handelt. Kultur ist die geistige Arbeit, die sich nicht nur um die materielle Versorgung und Sicherheit, sondern auch um die geistige Entwicklung der Arbeiterschaft handelt.

Kultur ist nicht etwas, was außerhalb der Arbeiterschaft liegt, ein heiliger Hain, der für alle Klassen und Berufsschichten vor- handen ist und zu dem die Arbeiterschaft nur die Tore zu öffnen hat. Wie eine bestimmte Wirtschaftsform und Staatsform Aus- druck einer bestimmten Grundeinstellung ist, so sind auch Bil- dungs- und Kulturaufgaben an bestimmte Grundeinstellungen gebunden. Gewiß gibt es gemeinsame Merkmale aller Kultur. Dazu gehört die innere Aufgeschlossenheit geistig sittlichen Werten gegenüber, dazu gehört die innere Bereitschaft, Kulturgüter zu er- fassen. Gewiß unterliegen Kulturbestrebungen auch den Bestim- mungen der Tradition. Wir können uns aus dem Laufe der Ge- schichte nicht plötzlich erheben; aber es ist andererseits auch nicht zu bestreiten, daß Geist und Form der Kultur durch die Eigenart einer Weltanschauung bedingt sind und daß die kulturelle Betätig- ung der Arbeitermassen in unserem Volke auch bedeutende Verän- derungen in den bisherigen Kulturformen bewirken muß. Es ist auch kein Zweifel darüber, daß eine Umwandlung der Gesellschaft im Sinne der Arbeiterschaft eine völlige Beseitigung der jetzigen Kultur zur Folge hat. Allerdings wird diese Wandlung nicht über Nacht geschehen. Eine Arbeiterschaft, die in all ihren Lebensäußerungen auf Evolution eingestellt ist und das Chaos im Kampf um das Neue zu vermeiden sucht, wird auch einen radika- len Bruch mit dem Kulturleben der Gegenwart nicht wünschen.

So lange nun die Arbeiterschaft einen starken Kulturwillen, nicht aber eine ebenso große Kulturkraft entfaltet, wird sie die vorhandenen Kulturgüter auf ihre Art auszuwerten versuchen. Das Kulturgut der Arbeiterschaft muß erst noch geschaffen werden. Weil es fehlt, stehen wir praktisch vor den Schwierigkeiten unserer Freizeitgestaltung wie auch der Gestaltung unserer Feier- stunden an der Bundes- und Landes- schule, die nicht nur Unterhaltung bringen sollen, sondern als Ausdruck der Arbeiterbewegung dem kämp- fenden Funktionär wirklich etwas bedeuten sollen. Deshalb ist diese unsere Arbeit an der Bundes- und Landes- schule genau so schwierig wie die Redaktion des Unterhaltungsteils der Gewerkschaftszeitungen und der politischen Presse.

Wäre unsere Ausbildungszeit nicht so begrenzt und mancher Abend nicht noch durch unsere Schulungsarbeit in Anspruch genom- men, dann hätten wir diese Erörterungen über Kultur noch durch gemeinsame Lektüre erweitern können. Vielleicht gelingt es jetzt, nach dem Aufenthalt in Bernau, einzelnen Schülern der Bundes- schule, die Unterhaltung über das Thema in Arbeitsgemeinschaften fortzusetzen. Ich empfehle, dann einmal Gustav Radbruch, „Kulturlehre des Sozialismus“ zu lesen, vor allem das Kap- itel über die Kulturidee des Sozialismus, oder Bücher von Hendrik de Man, „Der Sozialismus als Kulturbewegung“, Viktor Engelhardt, „An der Wende des Zeitalters“, oder Paul Frankel, „Vom Werden einer neuen Kultur“, oder Julius Bah, „Arbeiterdichtung“.

Aus dem Wesen der Kultur, vor allem der Kultur der Arbeiter- schaft, wurde die Frage diskutiert, welche Formen der Kultur- gestalt eine Rolle spielen, wie Kultur sich äußert. Das Kultur- leben kann ganz verschieden zum Ausdruck kommen. Es kann in der ganzen Haltung, in der Gesinnung, im Lebensziel seine For- mung finden und insofern auch in der Organisation unserer Schule lebendig werden. Tatsächlich ist es so, daß das Zusammen- leben in einer Heimschule, wie es die Bundes- und Landes- schule ist, nicht ohne Wirkung bleibt, besonders dann, wenn Schulanlage wie Schul- geist Ausdruck der Lebenswelt des Arbeiters sind.

Kultur kann sich auch auf bestimmten Gebieten äußern, so als Körperkultur, und auch in dem Sinne ist die Bundes- und Landes- schule durch die besondere Berücksichtigung von körperlichen Übungen und Sport in einer vorbildlichen Turnhalle wie auf geeigneten Sport- plätzen wirksam

Kulturarbeit ist weiter die gesamte Bildungsarbeit, sofern sie sich nicht darauf erstreckt, bloßes Wissen zu erzeugen, sondern eine geistige Form erstrebt, indem sie den Schüler veranlaßt, sich mit den Aufgaben unserer Zeit von seinem Standpunkte aus auseinander- zusetzen. In all diesen Formen vermag sich der Kulturgebende der Arbeiterschaft Geltung zu verschaffen. Wir gehen auf die Durchführung von Feiertunden besonders ein, weil diese sehr oft diskutiert wurden.

In proletarischen Feiertunden liegen gefühlsmäßige Kräfte, die auch für die Bewegung unentbehrlich sind. In dieser Beziehung würdigen wir durchaus die Gedankengänge, die Anna Siemsen in ihrer Schrift „Politische Kunst und Kunstpolitik“ niedergelegt hat. Das Programm einer Abschiedsfeier für den Baugewerks- bund, das durch Werke von Beethoven und Mozart umrahmt war, mag als Beispiel dienen. Regiiert wurden:

1. G. Engelke: Das Wehrbad.
2. Hebel: Einer Abelsfrau schlaflose Nacht.
3. G. Keller: Der Taugenichts.
4. Kordt: Die Proletarierballade.
5. Dehmel: Die Magd.
6. Tucholsky: Drei Minuten Gehör.
7. Altberg: Marionettentheater.
8. Kyber: Lups.
9. Unbekannt: Der ungeduldige Richter.
10. Unbekannt: Der Schulze von Grabow und die Sozialdemokraten.
11. Ginzler: Der Bischof von Passau.
12. Ullrich: Worauf es ankommt.

Gelegentlich einer anderen Feiertunde kam folgendes Pro- gramm zur Durchführung:

1. Ludwig Jessen: Wissen ist Macht.
2. Erich Kästner: Ansprache an Millionäre.
3. Alfred Thieme: Aufruf.
4. Otto Krille: Die Rose.
5. Erich Kästner: Dem Revolutionär Jesus zum Geburtstag.
6. Drei Kindergedichte im Berliner Dialekt: Sterne — Der Süß- zwiebad. — Der lebende Leichnam.
7. Fr. Wendel: Wogenschluf im Lohnbüro.

Wir bemühen uns um solche Programme, sind uns aber auch darüber klar, daß wir das Kunstvermögen der Arbeiterschaft nicht auf derartige Stunden beschränken dürfen. Unter dem Thema Volks- und Kunstmusik brachten wir Konzerte, in denen Haydn, Mozart, Schubert und Beethoven mit großem Danke aufgenom- men wurden. Wir brachten Volks- und Arbeitslieder aus allen Ländern oder führten auch in Lichtbildern die Entwicklung der Baukunst vom Altertum bis zur Gegenwart unserer Schüler vor Augen. Die Geschichte der Straße fand im Kursus der Steinarbeiter eine ebenso warmherzige Be- handlung wie die Entwicklung des Grabmals.

Lebhafter wurde die Diskussion besonders dann, wenn wir ver- suchten, auch bürgerliches Kulturgut auszuwerten, die Jugend- dramen Schillers, Goethes Faust, Shakespeares Hamlet und Wag- ners Meisterfinger. Voraussetzung für den Erfolg solcher Abende aber ist, daß diese Werke aus der Lebenswelt der Arbeiter- bewegung begriffen werden, daß der Kommentar organisch aus der Arbeiterschaft erwächst. Auf diese Weise wurden Faust und Hamlet, Werke aus anderen Zeiten und anderen Welten unseren Schülern zu einem starken Erlebnis. Wenn auch die literarischen Kenntnisse unserer Schüler nur begrenzt sind, so bringen sie doch aus der sozialen Bewegung Erfahrungen mit, die über ihr eigenes Leben weit hinausgehen und ihnen ein Verständnis von Werken erschließen, die ganze Jahrhunderte überragen.

Wir sprechen hier nur von Kunstverständnis und Kunstgenuß. Die kurzen Wochen in Bernau zeigen uns aber auch, welche schöp- ferischen Kräfte innerhalb der Arbeiterschaft vorhanden sind. Zeichnungen aus dem Leben der Schule, Gedichte und Erzählungen am Abschiedsabend überraschten unsere Gäste oft durch die künstlerische Kraft, die in ihnen lebendig ist.

Unsere Schüler werden sich freuen, in ihrem Organ einige Ge- danken aus unserer Diskussion noch einmal zu lesen. Aber auch die Kollegen, die durch ihre vereinte Kraft den Kursus ermöglicht haben, werden diesem kurzen Auschnitt aus dem Leben in Bernau getraut sein, der zwar nichts von unserer eigentlichen Schul- arbeit, wohl aber einiges darüber sagt, wie wir nach dem Unter- richt unsere Freizeit verwenden, um aus ihr nicht nur neue Kraft für die Bildungsarbeit, sondern auch innere Festigkeit und neues Leben für die Rückkehr in ein hartes und arbeitsames Funktionär- dasein zu schaffen.

Dr. Hermann Seelbach.

Die Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft

Im Kampf der Unternehmer gegen den demokratischen Staat spielt die öffentliche Wirtschaft keine geringe Rolle. Den Unter- nehmern ist unangenehm, daß neben der privaten Tätigkeit auf wirtschaftlichem und industriellem Gebiete sich auch die öffentliche Hand in bedeutendem Umfang betätigt. Das bringen z. B. auch die Fachzeitschriften der Unternehmer in der Natursteinindustrie Deutsch- lands bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zum Aus- druck. Man hatte bisher keinen richtigen Ueberblick darüber, in welche Zweige öffentliche Unternehmungen eingebunden sind und sich entwickelt haben. So fehlte über die Steinbruchsbe- triebe in öffentlicher Hand jede Unterlage, man war nur auf recht ungenügende Schätzungen angewiesen. Diese Lücke wird ausgefüllt durch das kürzlich erschienene „Handbuch der öffent- lichen Wirtschaft“, herausgegeben vom Vorstand des Gesamt- verbandes, erschienen bei der ihm eigenen Verlagsanstalt „Courier“, Berlin SO 16. Organisationspreis — direkt vom angegebenen Ver- lag bezogen — 5 Mark, dagegen ist der Buchhandlungspreis 12 Mark.

Das Buch ist Kollektivarbeit einer Reihe Sozialfachleute. Die redaktionelle Tätigkeit wurde von Walter Pahl und Kurt Mendelsohn ausgeübt. Wenn man dieses 696 Seiten starke Buch durchgearbeitet hat, dann ist man im Bilde darüber, wie weit und mannigfaltig sich die öffentliche Wirtschaft in Deutschland auf fast allen Gebieten durchsetzen konnte.

Nach der Betriebszählung von 1925 umfassen die öffentlichen Unternehmungen zuzüglich der gemischt-wirtschaftlichen noch nicht 1 v. H. aller in der gewerblichen Betriebszählung erfaßten Unter- nehmungen. Der Beschäftigungszahl nach umfassen sie aber 11 v. H. der im Gewerbe beschäftigten Personen. Etwa 10 v. H. der in Deutschland arbeitenden Pferdekraften stehen im Dienste der öffent- lichen Unternehmungen. An der Kraftfahrzeugleistung sind diese sogar mit etwa 78 v. H. beteiligt. Insgesamt werden nach der Betriebszählung in öffentlichen und gemischt-wirtschaftlichen Unter- nehmungen 1,75 Millionen Arbeitskräfte beschäftigt. Seit 1925 sind innerhalb der öffentlichen Wirtschaft starke Veränderungen und Erweiterungen vorgenommen worden. Deshalb gingen die Ver- fasser des genannten Buches zu einer eigenen Schätzung des Um- fanges der öffentlichen Wirtschaft über. Nach dieser sind in den fünf wichtigsten Betätigungsbereichen der öffentlichen Hand mit aus- gesprochenem wirtschaftlichem Charakter (der Land- und Forstwirt- schaft, der Industrie-Wirtschaft, den Verkehrs- und Versorgungs- betrieben) 1,11 Milliarden in der Größenordnung von annähernd 50 Milliarden investiert. Der Umf. wert der Erzeugnisse und Leistungen der Betriebe der öffentlichen Hand in den vorgenannten Gewerbezweigen wird für 1929 auf 13,5 bis 14 Milliarden Mark geschätzt. Der Umf. wert der öffentlichen Wirtschaft entspricht unge- fähr dem gesamten Produktionswert der deutschen Landwirtschaft. In den öffentlichen Betrieben dieser Wirtschaftszweige einschließlich der öffentlichen Banken waren 1929 1,8 bis 1,9 Millionen Menschen, unter Einbeziehung der gemischt-wirtschaftlichen Betriebe 1,9 bis 2 Millionen Menschen beschäftigt. Einschließlich der Schlachthöfe, Markthallen, Krankenanstalten usw. die teilweise ebenfalls Wirt- schaftszweigen sind, werden 2 bis 2,2 Millionen Menschen be- schäftigt. Somit finden rund 10 bis 11 v. H. aller Arbeiter und Angestellten in den öffentlichen Betrieben Beschäftigung.

Aus diesen Angaben ist zu ersehen, daß die öffentliche Wirtschaft zu einer Grob- macht innerhalb der Gesamtwirtschaft in Deutschland geworden ist. Die Werte der öffentlichen Hand werden nach Schätzungen etwa 1/3 des gesamten Volkswert- mögens betragen. Träger der öffentlichen Wirtschaft sind das Reich, die Länder und die Gemeinden. Im Verkehrswesen sind außer der Seeschifffahrt alle übrigen Zweige mit öffentlichen Unternehmungen durchzogen. Bei der Eisenbahn und Reichspost verfügen sie über ein Monopol.

Das Straßenwesen, an dem wir Steinarbeiter und Stein- seher sehr interessiert sind, befindet sich in Deutschland vollständig in den Händen der Länder und Gemeinden. Das heißt, die Ver- waltung; dagegen ist die Herstellung der Straßen und ihre Ren- ovierung fast durchweg in Händen der Privatwirtschaft, die ihre Ar- beitsaufträge von der öffentlichen Wirtschaft zugewiesen bekommt. Ganz allgemein betrachtet sind die Unternehmungen der öffentlichen Hand, als Auftraggeber für die private Wirtschaft von Bedeutung. Die Jahressumme der gesamten Aufträge beläuft sich auf etwa 6 1/2 bis 9 Milliarden Mark je Jahr. Eine derartige Auftragsver- teilung müßte zum Ausgleich der Saison- und Konjunkturschwän- gungen eingesetzt werden. Die öffentlichen Unternehmungen, dies kann man als Gesamtergebnis feststellen, sind zum entscheidend- sten Bestandteil des Nährwertes der Gesamtwirtschaft ge- worden. Sie sind zugleich Instrumente zur Hebung der kulturellen und sozialen Lage der werktätigen Bevölkerung, ein Werkzeug und Bestandteil der Wirtschaftsdemokratie und wichtige Bausteine zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft.

Es würde zu weit führen, auf einzelne Gebiete näher einzugehen, wir wollen deshalb aus dem Buche nur wiedergeben, was uns direkt angeht und unter „Baustoffindustrie“ in dem Wert ausgeführt wird. Die Aufträge der Kommunen für Baustoffe und Baumaterialien betrug nach einer Schätzung von Prof. Dr. Morgen- roth für die Städte über 50 000 Einwohner, im Jahre 1928/29 300 Millionen Mark, demgegenüber tritt die Eigenbetätigung der öffentlichen Hand stark zurück. Nach der gewerblichen Betriebs- zählung von 1925 waren im rein öffentlichen Besitz bzw. öffent- lichen Majoritätsbesitz:

	Zahl der Unter- nehmungen	Beschäftigte Personen
Steinbruchbetriebe	160	7392
Ries-, Sandbetriebe usw.	99	796
Kalkindustrie	3	336
Ziegeleien	121	4743
Betonwaren- und Betonwerkindustrie	11	140

Schauen wir im Vorstehenden die Zahl der Steinbruchbetriebe und die der darin beschäftigten Personen an, dann sagt sie uns, daß beider Anteil an der Gesamt-Natursteinindustrie, — normale Zeiten vorausgesetzt —, nicht so groß ist, wie das oft von den Unternehmern behauptet wird. Sicher ist aber der Einfluß auf die Preisgestaltung von besonderer Bedeutung und das ist es, was die Unternehmer im Hinblick auf diese Betriebe so in Harnisch bringt. Die zurückliegenden Jahre guter Konjunktur mit der bekannten Preissteigerung ad hoc auf dem Gebiete der Wegebaustoffe, haben das deutlich gezeigt. Diese Periode hat natürlich die Steinbruchs- Betriebsgründung der öffentlichen Hand wesentlich gefördert, was

sch wiederum auswirkte beim Rückgang der Konjunktur, durch das bedeutende Herunterfallen der Preise für die Wegebaustoffe aus Naturstein.

Die Arbeiterschaft hat natürlich keine Veranlassung, sich etwa allgemein gegen die Entwicklung der öffentlichen Wirtschaft zu stemmen, und wenn hier oder dort einzelne Fehlschläge eintreten, von den Gegnern immer ungeheuer aufgebauscht, so besagen solche Vorurteile gegen die Betriebe der öffentlichen Hand nichts. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß wir nun kleineren Kommunen die eigene Aufmachung von Steinbruchbetrieben empfehlen, nein, dazu gehören gewisse Voraussetzungen, die wir in dem vorstehenden Zusammenhang nicht einzeln aufzählen wollen.

Der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe hat sich mit der Herausgabe des besprochenen Wertes ein großes Verdienst um der Sache willen erworben. Eine spätere Neubearbeitung wird sicherlich noch eingehender die einzelnen Industriegruppen der öffentlichen Wirtschaft darstellen, die Grundlage dafür liegt vor.

*

Bei dem Kampf der speziell in Deutschland gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand geführt wird, ist ein Blick über die Landesgrenzen hinaus aufschlussreich. In dem „Handbuch der öffentlichen Wirtschaft“ befindet sich auch darüber gutes Material. Es läßt sich im allgemeinen feststellen, daß die Eingliederung der öffentlichen Hand auf die Wirtschaft in allen Ländern im Wachsen begriffen ist. Wir wollen versuchen, darüber einen kurzen Überblick zu geben.

In der Schweiz hat die öffentliche Wirtschaft einen großen Umfang angenommen. Post, Telephon, Telegraph und Eisenbahnen befinden sich im öffentlichen Besitz. Die Elektrizitätserzeugung liegt zu mehr als 60 v. H. in öffentlicher Hand. Letztere ist ferner an der Wasser- und Gasversorgung zu 90 v. H. beteiligt. In der Schweiz befindet sich ein hoch entwickeltes System öffentlicher Banken. Kantonalbanken, Lokalbänken, Sparkassen und Hypothekendarlehen sind im öffentlichen Besitz. Rund 6 Milliarden Franken sind in der öffentlichen Wirtschaft investiert. In den öffentlichen Betrieben sind ungefähr 80 000 unter Hinzurechnung sonstiger öffentlicher Unternehmungen etwa 100 000 Personen beschäftigt.

Auch in Oesterreich ist die öffentliche Hand ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Das Eisenbahnwesen befindet sich in der Hand einer staatlichen Gesellschaft. In der Energiewirtschaft nehmen Bund und Länder steigenden Einfluß. Von Industriebetrieben besitzt der Bund, die „Oesterreichischen Werke“, die ein Ueberbleibsel der früheren staatlichen Rüstungsbetriebe sind. Ferner sind ein Kohlenbergwerk, ein Kupferberg- und Hüttenwerk, sowie die Salinen im staatlichen Besitz. Die Versorgungsbetriebe, sowie die Nahverkehrsmittel sind fast durchgänglich im Besitz der Kommunen. Wien nimmt eine besondere Stellung ein. Das „rote Wien“ hat die städtischen Betriebe technisch und organisatorisch vollkommen neu aufgebaut. Das Verkehrswesen wurde wesentlich erweitert. Im Wohnungsbau wurden vollständig neue Wege eingeschlagen. Von der Stadt Wien sind seit 1925 rund 35 000 Wohnungen in eigener Regie errichtet und aus Steuermitteln finanziert worden. Auch sonst hat die Gemeinde Wien Wirtschaftsbetriebe der verschiedensten Art errichtet.

In Holland sind hervorragende Leistungen öffentlicher Wirtschaftstätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungsbaues zu verzeichnen. Die Bahnen befinden sich in Staatsverwaltung. Der holländische Kohlenbergbau verdankt seine Entstehung und Entwicklung staatlicher Betätigung. Die Elektrizitätswirtschaft befindet sich fast vollständig in öffentlicher Hand. Die Verkehrs- und Versorgungsbetriebe in den Städten sind in kommunalem Besitz. Von der Gasabgabe z. B. entfallen 95 v. H. auf die öffentlichen Betriebe.

In den nordischen Ländern ist die öffentliche Wirtschaftstätigkeit nicht unbeträchtlich. Das Eisenbahnwesen befindet sich in Finnland zu 90 v. H., in Schweden zu 38 v. H., in Norwegen zu 90 v. H. und in Dänemark zu 48 v. H. im öffentlichen Besitz. Auch in der Energieerzeugung ist der Anteil der öffentlichen Hand bedeutend. Die Versorgungs- und Nahverkehrsbetriebe sind in den nordischen Ländern in der Hand der Gemeinden. Sehr bedeutend sind die Staatswälder. Der schwedische Staat hat Einfluß auf die Erzgruben. Finnland verfügt über Sägewerke, Papierfabriken, Kupfer- und Silberminen usw. Das staatliche Wirtschaftsvermögen beträgt in Schweden 2,2 Milliarden Kronen, in Dänemark 889 Millionen Kronen und in Finnland 10,8 Milliarden Finnen-Mark.

Selbst in dem Mutterlande des Kapitalismus — in England — macht die öffentliche Wirtschaft zusehends Fortschritte. Der Staat hat Einfluß auf die privaten Eisenbahnunternehmungen gewonnen. Die Gemeindefirtschaft in England ist von eigener Art, doch von zunehmender Bedeutung. Die kommunale Gasversorgung beträgt 37 v. H. Die Elektrizitätswerke der Gemeinden haben eine Stromerzeugung von 5,9 Millionen kWh gegen 3,6 Millionen der privaten Werke. Die Wasserversorgung befindet sich zum überwiegenden Teil im öffentlichen Besitz.

Ein uraltes deutsches Steingebiet

erhebt sich zwischen drei der schönsten deutschen Ströme, zwischen dem Vater Rhein, dem Main und dem unteren Laufe des Neckar, als ein Bergland, das in alten Zeiten, als die Römer in Süddeutschland vordrangen, eine öde Wildnis, ein „durch schreckliche Finsternis Schauer erregender Wald“ war und darum „öder Wald“ oder Odenwald genannt wurde. Längs seiner westlichen Abhänge bauten die römischen Kolonisten die alte Bergstraße, errichteten Burgen und Weiler und brachten den Segen der Kultur in die starke Wildnis. Der Odenwald verlor seine Schrecken und wurde zu einem herrlichen Stückchen Erde. Auf seinen grünen Triften weiden friedliche Herden, fleißige Mühlen klappern im Tale, Städtchen, Dörfer und Weiler lugen aus den dichten Obstgärten hervor, und durch die herrlichen Buchen- und Eichenwälder wandern wohlgenutete Menschen auf gebahnten Pfaden zu den Berggruppen empor, um von ihren Finnen die herrliche weite Rundschau zu genießen.

Wenn wir aus dem Flugzeug einen Blick auf den Odenwald werfen, so läßt sich nach und nach erkennen, daß er in zwei grundverschiedene Teile zerfällt, für die eine Linie, die man von Heidelberg bis Aßmannsbach ziehen würde, als Grenze gelten mag. Die östliche Hälfte des Odenwaldes bietet sich unseren Blicken als eine Reihe plateauartiger Höhenzüge dar, die, zum Teil mit Wald bestanden, zum Teil mit grünen Matten überzogen, sich ausgezeichnet für die Viehzucht eignen. Mannigfaltiger ist dagegen die westliche, steil gegen den Rhein abfallende Hälfte; runde Bergklippen reihen sich hier dicht aneinander und schließen tiefe, oft schluchtartige Täler ein, und das Auge erkennt öfter Stätten der deutschen Steinindustrie. Der vielgliedrige Westen besteht aus kristallinen Schiefer- und Massengesteinen, namentlich Gneis nebst Granitgneis, auch Granulit, in Wechselagerung mit Grünchiefern, Hornblende- und dioritischen Schiefern, worin sich untergeordnet Graphit-schiefer in einem zwischen Neunkirchen und Lindensfels liegenden Zug einlagern, ebenso ein durch Mineralführung interessanter Marmorzug zwischen Luerbach und Jülich, während die massigen Sphenit- und Granitsteinlagerungen zum Teil eine größere Ausdehnung gewinnen. Infolge späterer Entblößung treten diese oft in Gruppen über die Schiefer hervor, auf ihren Höhen mit Felsenmeeren loser Blöcke bedeckt. Die Einformigkeit des Gneiszeuges wird ferner durch Kuppen quarzführender Porphyre unterbrochen. Auch Minette findet sich in kristallinen Gebieten des Odenwaldes, in dem auch basaltische Durchbrüche vorkommen. Die niedrige Fortsetzung des Odenwaldes nördlich von Darmstadt besteht aus fast horizontal gelagerten Tertiären, die ganze Osthälfte und der Süden aus buntem Sandstein, unter dem bei Heidelberg noch einmal Gänge groß- und kleinlörnigen Granits hervortreten. Untergeordnet tritt Zehsteindolomit an der Westgrenze unter dem bunten Sandstein hervor und erreicht über dem Granit in dem

In den romanischen Ländern hat die öffentliche Hand gegenüber der Vorkriegszeit eine große Bedeutung als Wirtschaftsfaktor erlangt. In Frankreich befinden sich 27 v. H. der Bahnen im staatlichen Besitz. Post, Telephon und Telegraph stehen vollständig unter staatlicher Verwaltung, desgl. die Kalibergwerke. Zwei Drittel der Wasserwerke befinden sich im Besitz der Kommunen. In der Gasversorgung und der Elektrizitätserzeugung bringen die staatlichen Werke immer mehr ein. Ähnlich sind die Verhältnisse in Belgien, wo sich die Bahnen vollständig im staatlichen Besitz befinden. In Italien hat der Faschismus die kommunale Wirtschaftstätigkeit sehr eingeschränkt, dagegen die Staatswirtschaft stark ausgedehnt. Der Staat hat auf Banken, Werften, Schiffahrtsgesellschaften usw. Einfluß gewonnen. Wie man sieht, ist die Betätigung der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben in allen Ländern stark gewachsen. Der Krieg und seine Folgen haben hier fördernd gewirkt. Dabei wird es noch nicht sein Bewenden haben. Jedenfalls trifft es nicht zu, wenn behauptet wird, daß allein in Deutschland eine zunehmende Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft vorhanden ist.

11. Sitzung des Ausschusses des ADGB.

am 10. März im Berliner Gewerkschaftshaus. Der Vorsitzende des ADGB, Leipart, wies zu Beginn der Sitzung auf die nationalsozialistische Propaganda gegen die Konsumvereine hin, der die Gewerkschaften in ihrer Presse entschieden entgegenzutreten sollten.

Der Vorstand ist der Meinung, daß an der Arbeitsruhe am 1. Mai festgehalten werden soll, und zwar wie früher überall dort, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung möglich ist.

Das Zentrum hat den Antrag gestellt, das Berufsausübungsgebot, das alle Instanzen durchlaufen hat, erneut einzubringen. Auch die Sozialdemokratische Partei wird, einem Wunsche der Gewerkschaften entsprechend, die Verabschiedung des Gesetzes anregen.

Der Bundesvorstand hat den Kollegen Furtwängler beauftragt, im Zusammenwirken mit den Ortsverwaltungen und Betriebsräten Betriebsbeschäftigungen durchzuführen und Untersuchungen über die sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Wirkungen der Rationalisierung vorzunehmen. Die Feststellungen sollen sich zunächst auf Berliner Betriebe beschränken.

Leipart erörterte kurz das Verhältnis der Gewerkschaften zur technischen Nothilfe. Der Bundesvorstand hält es gegenüber Anregungen von anderer Seite für richtig, an der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften festzuhalten und den Beitritt von Mitgliedern zur Technischen Nothilfe nicht zu empfehlen.

An dem Plan einer Konferenz der Sachbearbeiter der Verbände für Betriebsrätefragen wird festgehalten. — Seit Januar erscheint ein Nachrichtendienst über Tarife und Lohnbewegungen.

Leipart kam dann auf die Broschüre der Kommunistischen Partei „Der Arbeiterverrat der Gewerkschaftsbünde“ zu sprechen, gegen deren Verbreitung bekanntlich eine einseitige Verfügung erzwungen worden ist. Das Pamphlet selbst ist so bedeutungslos, wie ähnliche Machwerke gleichen Ursprungs im letzten Jahrzehnt.

Der Vorstand des IGW hat davon abgesehen, die in diesem Jahre geplante Internationale Arbeiterinnenkonferenz abzuhalten. Dagegen sollen bei Gelegenheit der Internationalen Arbeitskonferenz, die sich mit der Nacharbeit der Frauen befassen soll, die dort anwesenden Vertreterinnen zu einer Konferenz zusammentreten.

Die Tätigkeit des vom IGW eingesetzten Vierländer-Komitees (Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg) muß auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Der Vorstand hat für die Arbeiten dieses Komitees, das wichtige organisatorische Aufgaben durchzuführen hat, wiederum einen Beitrag bewilligt.

Abschließend besprach Leipart die Vorbereitung für den Kongreß in Frankfurt, die sich natürlich mit der Krise und den Wegen zu ihrer Ueberwindung befassen muß. Die Forderungen, die der Vorstand erheben wird, sollen wiederum in einem Sammelwerk, unter Unterstützung von Sachverständigen, eingehend begründet werden. Das Hauptreferat des Kongresses soll durch diese umfassende Begründung eine wissenschaftlich einwandfreie Grundlage erhalten.

In der Aussprache über den Vorstandsbericht wurde auf die großen finanziellen Schwierigkeiten mancher Zahlstellen hingewiesen. Die Ortsausschüsse müssen sich da, wo diese Schwierigkeiten bestehen, so weit einschränken, wie die Krise es erfordert. Selbstverständlich müssen die Zahlstellen die Beiträge für ihre Mitglieder zahlen. Die Einrichtungen der heutigen Ortsausschüsse, die im Interesse der Allgemeinheit liegen, die gemeinsame Einrichtungen sind, dürfen unter keinen Umständen aufgelöst werden. — Es muß nach geltendem Gewerkschaftsrecht für alle Mitglieder gezahlt werden. Dann können unter Umständen in Notfällen die Beiträge herabgesetzt werden.

*

Der Bundesvorstand hat sich auch mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm von Hüring beschäftigt. Zu einem Teil deckt sich sein Programm mit längst erhobenen Forderungen der Gewerkschaften. Zum anderen Teil ist es undurchführbar. Die Gewerkschaften können sich daher nicht auf den Boden dieses Programms stellen.

Die Gewerkschaften haben zwar dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung erneut ihre Meinung gesagt, sich entschieden gegen

den Lohnabbau gewendet und die Arbeitszeitverkürzung gefordert. Die Entschlüsse, die der Vorstand dem Ausschuss diesesmal vorgelegt hat, bedeuten eine nachdrückliche Betätigung der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Schwierigkeiten zur Durchführung der Arbeitszeitverkürzung sind nach Auffassung des Vorstandes keineswegs unüberwindlich. Die Oktoberentschließung hatte die Arbeitszeitverkürzung nur als Notmaßnahme gefordert. Die neue Entschlüsselung geht darüber hinaus. Sie legt entschiedenes Gewicht darauf, daß eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht genommen werden müsse, wenn der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung wirksam Rechnung getragen werden solle.

Auch gegen den planmäßigen Lohnabbau muß der Bundesausschuss wiederum Stellung nehmen.

Von allen Rednern, die an der Aussprache teilnahmen, wurde einmütig die Auffassung vertreten, daß die Gewerkschaften in der heutigen Situation nicht mit der erfolglicheren Kraft vorgehen können, die sie unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen aufbringen könnten. Aber die Rücksichtslosigkeit, mit der der Unternehmer die gegenwärtige Notlage der Arbeiterschaft und die selbstverständlich verminderte Kampfkraft der Gewerkschaften ausnützt und das vorhandene Elend steigert, diese brutale Machtpolitik darf und soll ihnen nicht vergessen werden. Die Zeit wird kommen, in denen die Gewerkschaften ihren Gegnern beweisen werden, daß ihr Kampfeswille durch die jetzige Krise sich zwar nicht voll entfalten kann, daß er aber ungebrochen ist und zu gegebener Zeit die ganze Kraft der Organisationen einsehen wird, um das verlorene Gelände wiederzugewinnen.

Folgende zwei Entschlüsse wurden vom Bundesausschuss einstimmig angenommen.

Zur Arbeitszeitfrage.

„Der Bundesausschuss erhebt erneut die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als einzigem sofort wirksamen Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Er verpflichtet alle Gewerkschaften und ihre Mitglieder, mit größerem Nachdruck als bisher für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten.“

Der Bundesausschuss erinnert daran, daß er bereits im Oktober 1930 die gezielte Einführung der 40stündigen Arbeitswoche mit einem allgemeinen Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung gefordert hat. Diese Forderung hat zwar in der Öffentlichkeit volle Beachtung gefunden und ist auch in einer Reihe von Einzelbetrieben durch Verkürzung zwischen Arbeitern und Unternehmern praktisch durchgeführt worden. Die Reichsregierung aber hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie einen ernsthaften Schritt zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zu tun beabsichtigt.

Indem der Bundesausschuss wiederholt auf die wirtschaftliche und seelische Not der Millionen Arbeitslosen verweist, lenkt er zugleich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitslosigkeit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen.

Aus diesem Grunde erhebt der Bundesausschuss schärfsten Protest dagegen, daß bis in die jüngste Zeit von den staatlichen Schlichtungsstellen Schiedsprüchde gefällt und zwangsweise durchgeführt wurden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben.

Um so eindringlicher muß die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigt ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit entsprechend die regelmäßige Arbeitswoche auf 5 Tage oder 40 Stunden beschränkt.“

Zur Lohnfrage.

Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungszwanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden, mit allen schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesagt wurden. Statt der in Aussicht gestellten Behebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftverminderung erheblich weiter gestiegen. Die Unsicherheit der Existenz der Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Saat und Gesellschaft geworden.

Die Forderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft. Löhne und Gehälter sowie die Summen aus der Erwerbslosen-, Kriegen- und Wohlfahrtsunterstützung fließen unmittelbar und restlos in den Konsum jurid und bilden durch ihren Umlauf einen beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens, namentlich aber die Grundlage der Existenz weiter Kreise der Handel- und Gewerbetreibenden.

Der Bundesausschuss erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung, wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen fortan der Arbeiterschaft gegenüber dem rückwärtsgehenden Unternehmertum den Schutz zu gewähren, den andere weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.“

Nähe des Wolfsbrunnens bei Heidelberg den südlichsten Punkt seiner Verbreitung. Ein Muschellalkreid lagert noch bei Michelstadt. Von eruptiven Gesteinen finden sich in den letztgenannten Gebieten Palatinit im Gebiete des Tollliegenden, Balalte und Traachte ebenda und im bunten Sandstein, am Katzenbuckel Nephelinit oder Nephelindolerit. Im Innern des Gebirges lagert überall in den Tälern Löss; den Fuß umgürteten tertiäre und versteinerte Diluvial- und Alluvialablagerungen, deren östliche und fruchtbarste, die Sandmengen der Ebene zwischen Seligenstadt und Neu-Jensenburg, in schärfstem Kontrast zu der übrigen fruchtbaren Rhein- und Mainniederung stehen. Das kuppen- und schichtenreiche kristallinische Gebirge ist bis auf seine Höhen quellenreich und voller Bergbäche; Wald, vorzugsweise Laubwald, Rotbuchen mit Eichen und Weißbuchen, hier und da mit Nußbäumen und selbst einzelnen Kastanienbäumen gemischt, aber auch Kieferbestände wechseln mit Feldern und Wiesen parkähnlich ab. Die breiten Rücken des Sandsteingebirges dagegen sind trocken, aber ebenfalls bewaldet, meist mit Kiefern, seltener Laub- und dann meist Eichenhaadwald. Das Gebiet des Tollliegenden ist vorherrschend Waldland.

Die bereits erwähnten Felsenmeere, auch Teufelsmühlen genannt, die inmitten der Waldungen ein Chaos in wirrem Durcheinander dicht aneinander gedrängter Steinblöcke zeigen, gleichen tatsächlich sturmgepeinigten, plötzlich zu Stein erstarrter Meere. Unwillkürlich denkt man bei ihrem Anblick an Bergstürze oder an Erdbeben, in denen titanische Kräfte diese gewaltigen Felsen übereinander gewälzt hätten. Wie wild aber auch dieses Landschaftsbild erscheinen mag, die Natur führte es in stillem Frieden aus, von Jahrhundert zu Jahrhundert die einzelnen Züge langsam vertiefend. Die Geologen belehren uns, daß dieses Felsenmeer einst aus einem gleichmäßigen Sphenitlager bestand, dessen harte Steinmasse von weichen Adern durchzogen war. An diesen weichen Stellen begann vor uralter Zeit die Atmosphäre zu nagen. Die Regenwasser, die Schneeschmelze lösten kleinste Teilchen des weichen Gesteins auf und schwemmten die locker gewordene Masse zu Tal. So entstanden allmählich Rinnen, Risse und Sprünge, die durch die spülenden Gewässer und den Frost des Winters vergrößert wurden. Aus den Rissen wurden Klüfte und schließlich blieben nur die härteren Blöcke da liegen als ein wüdes Durcheinander. Nicht weniger als achtzehn solcher Felsenmeere liegen am Felsberg zerstreut; die Steinblöcke der meisten sind völlig kahl, nur hier und dort an schattigen Stellen wuchert auf ihnen das Moos. Mitunter soll es aber geschehen, daß in den Klüften Pflanzenwuchs feinen Boden faßt, daß auf dem von abgestorbenen Blättern und vom Wind herbeigetragenen Sand neugebildeten Erdreich der Wald wieder einmal etwas vorrückt, einen Teil des Felsenmeeres überwuchert und den Berg auch an dieser Stelle mit seinem schützenden Mantel verhüllt. Aber dieser Stillstand im fortwährenden langsamen Werke der Zerstörung dauert nicht lange; ein gewaltiger Wolfenbruch schwemmt dann immer den Wald fort und Wind und

Better nagen weiter an den Flanken des Berges — und sie werden liegen, sie werden den Felsberg dem Tale gleich machen. Die Vorgänge, die sich hier abspielen, fallen die Geologen unter der Bezeichnung der Erosion, das heißt der Ausnagung, zusammen, und sie prophezeien, daß durch diese langsam, aber sicher wirkenden Kräfte nicht nur die Berge der Erde erniedrigt, sondern überhaupt alle Festländer mit der Zeit ins Meer hinabgeschwemmt würden; ja einer von ihnen hat ausgerechnet, daß in etwa fünf Millionen Jahren die letzte Festlandshöhe in den Ozean hinabgespült sein wird. Das sind tiefe Einblicke in die Erdgeschichte, die sich auf den Abhängen des Felsberges uns darbieten. Aber in seinen Buchenwäldungen birgt er noch Spuren einer vergangenen Tätigkeit; des selteneren Treue hat er feinere Urkunden zur Kulturgeschichte des Menschen bis auf unsere Tage bewahrt. Sie bestehen in zum Teil mehr oder weniger von Menschenhand bearbeiteten Steinblöcken, die seit vielen Jahrhunderten dort liegen und schon in den ältesten Urkunden der um den Felsberg verstreuten Städte erwähnt werden. Danach mußten im Odenwald einst Meister gewohnt haben, die die Kunst der Steinbearbeitung ausgezeichnet verstanden. Und die Bemühungen der Geschichtsforscher, diese unbekannten Hersteller zu ermitteln, wurden von Erfolg gekrönt; denn es kann als erwiesen gelten, daß diese Steinarbeiter dieselben Römer waren, die die alte Bergstraße gebaut hatten. Schon das graue Altertum hatte seine Steinbearbeitung, ein Volk, das aus hartem Felsen nahezu unvergängliche Baudenkmäler schuf; es war dies das Volk der Ägypter, der Erbauer der Pyramiden und anderer großer und gewaltiger Bauwerke, das den Nil hinauf über die heilige Insel Wihla bis zu den geheimnisvollen Brunnen von Sene unter dem Wendetische stieg, um dort den schönen roten Granit zu brechen. Die Altertumsforscher wissen auch, in welcher Weise die Ägypter ihre Steine bearbeiteten, denn nicht nur die Papyrusrollen erzählen davon, in den alten Steinbrüchen liegen noch begonnene, nicht vollendete Arbeiten, die dem Zahn der Zeit getrotzt haben und uns das alte Steinhauerhandwerk vor Augen führen. Von den Ägyptern lernten die Römer die schwierigere Kunst und trugen sie über das von ihnen beherrschte Erdenrund, trugen sie in die Felsenmeere des Odenwaldes und hieben hier aus den unförmigen Blöcken schlanke, glatte Säulen und Bausteine, Werksteine mit Ornamentik usw. Und wie die Ägypter am Nil, so liegen sie am Felsberg gleichfalls unvollendete Arbeiten zurück, aus denen wir noch heute sehen können, wie sie mit den Spheniten des Odenwaldes verfahren. Und wie die alten Ägypter den bei den Brunnen von Sene gebrochenen Granit als Sphenit bezeichneten, so übernahmen die Römer auch diese Bezeichnung, die sich für dies harte Gestein bis auf den heutigen Tag erhalten hat.

Die am Felsberg zur Römerzeit hergestellten Säulen und Werksteine wurden in verschiedenen Gegenden des Rheinlandes gebracht, in dem Städte ausblühten und Paläste der Großen entstanden. Noch heute sind viele Zeugen der alten Herrlichkeit erhalten. Man nenne Heim und Heidelberg, Köln und Aachen, Trier und

An den zweiten Mann!

An Dich, Kollege im Betrieb,
ergeht der Ruf zum Sammeln.
Empfange nicht nur, sondern gib
und laß verleg'nes Stammeln.
Seit je hat der Verband auch Dir
genutzt in allen Dingen,
drum stell' Dich unter sein Panier,
steht' Deinen Mann im Ringen
um eine bess're schön're Zeit
für Dich und Deinesgleichen.
Ist auch das Ziel noch ziemlich weit —
vereint wir es erreichen.

Auf, stelle Dich in Reih' und Glied,
solange Du kannst schaffen.
Bist Du erst krank und invalide,
läßt nichts sich mehr erraffen.
Dir hilft im gleichen Maße dann,
wie Du hast beigetragen,
die Mitgliedschaft so viel sie kann,
Du wirst es nicht beklagen.
Kein Schaffender darf sich hinfort
der Beitragspflicht entziehen,
weil unter des Verbandes Hört
die Früchte aller blühen.

Werbe für den Verband auch in dieser schlechten Zeit! Werbe
aber vor allem bei denen, die noch im Betriebe tätig sind oder die
jenseitig haben, wieder „arbeiten zu dürfen“. Wer mit allem
Sinnen und Trachten, also aufrichtig und überzeugend, zu uns ge-
hört, dem wird es nicht schwer werden, andere zu gewinnen.

Die Gesellschaft besteht aus zwei Klassen:
die einen haben mehr Essen als Appetit, die
anderen mehr Appetit als Essen.

Das sagte vor circa 1 1/2 Jahrhunderten der französische Schrift-
steller Chamfort, der bereits 1794 gestorben ist. Und ein bekanntes
indisches Sprichwort sagt:

Vereinigt werden viele stark, sind einzeln
sie auch ohne Kraft. Mit einem Seil, aus Gras
gewunden, wird selbst der Elefant gebunden.

Das sind zwei prägnante Aussprüche, die mit wenigen Worten
ausdrücken, warum der Zusammenschluß und welche Kraft in ihm
liegt. Daraus folgt aber auch, daß die Werbetätigkeit für die
gewerkschaftliche Verbindung der Steinarbeiter und Steinseher
immer und ohne Unterlaß betrieben werden muß.

Wartelmütige im Gewerkschaftlichen können allerdings nicht
werden, weil sie selbst nur mit Mühe bei der Stange bleiben, sie
können nicht werden, denn Zweifelsbegriffungen haften ihnen
dauernd an. Werben für den Verband, für die gewerkschaftliche
Organisation können auch nicht jene, die alles besser wissen und
die alles viel besser gemacht hätten, wenn sie nicht zu — spät
geboren worden wären, wie z. B. die RGD und ihre Nachläufer.
Das ganze elende Arbeiterdasein in Wirtschaft, Politik und Ge-
sellschaft hätte dann sicher einen ganz anderen Dreh bekommen.
So aber waren sie noch nicht da, um das machen zu können, in-
folgedessen suchen sie nun nach den Schuldigen, genau wie die
Stahlhelmer und die Nazis, die ebenfalls auch zu spät auf die
Welt gekommen sind, um das jegliche Unheil noch abändern zu
können. Wer nun zu solchen Suchenden gehört, ist durchaus kein
Werber für den Verband, denn er wirft mit dem Hintern und mit
großen Worten um, was andere bauen.

Werben für den Verband ist redliches Denken, ist stille, systema-
tische Arbeit mit dem richtigen Blick in Vergangenheit und Zukunft,
ist Wirken für die eigene Person, für die eigene Familie, für die
Allgemeinheit der Arbeitkollegen. Werben für den Verband ist
vor allem auch Vertrauen auf sich selbst und Vertrauen zu anderen
Gleichgesinnten, ist felsenfestes Vertrauen zu seiner gewerkschaft-
lichen Sache.

Sind die Zeiten auch ernst, die Widerstände sehr
groß, ein richtiger Kollege wirbt trotzdem bei
jedem sich bietenden Gelegenheit für den Verband!

Zur Beachtung! Der Inhaber des in Steinarbeiterkreisen bekann-
ten Taubenschlages, Herr Koppe in Dobrilugk, diktierte im
Dezember 1930 kurzerhand 15 Prozent Lohnabbau. Hiergegen
wurde Klage angebracht, da diese Willkür den tarifrechtlichen Vor-
schriften zuwiderläuft. Das Arbeitsgericht Finsterwalde ent-
schied unter Verkennung der Sachlage gegen uns, daß die Firma

andere Städte rühmen sich noch des Besitzes solcher römischen Stein-
hauerarbeiten aus deutschem Stein. Nicht lange, und die Römer-
herrschaft sank in den Staub, ein neues Zeitalter begann, neue
Völker fluteten über jene Länder. Die Spenitbrüche am Felsberg
wurden verlassen, und die alte Steinindustrie geriet in vollständige
Vergessenheit. Aber der Tag kam, wo die harten Felsen wieder
zu Ehren gelangen sollten. Männer der Wissenschaft begannen sie
zu studieren, und was früher oft unter einer allgemeinen Bezeich-
nung Stein, Fels, Wade und dergleichen zusammengeworfen wor-
den war, erhielt besondere Namen. Plinius, der Naturkundige des
Altertums, hatte jenen Baustein der Ägypter nach der Stadt
Sphenit „Sphenit“ genannt. Gegen das Ende des achtzehnten Jahr-
hunderts gab der Freiburger Gottlob Werner, der Vater der
Geognosie, diesen Namen einer besonderen Gesteinsart, die im
Plauenischen Grunde bei Dresden vorkommt, dem Granit sehr ähn-
lich ist, aber in ihrer Zusammensetzung sich von ihm unterscheidet.
Spätere Untersuchungen zeigten nun allerdings, daß die ägypti-
schen Steine zwischen Sphenit und Syene durchaus nicht mit denen
vom Plauenischen Grunde übereinstimmen; die ägyptischen sind
roter Hornblendegranit. Aber der Name „Sphenit“ bürgerte sich
einmal für die zuerst erwähnte Gesteinsart ein und man behielt
sie im Sinne Werners. Der Odenwald besitzt nun auch roten Granit,
vor allem aber tiefdunklen, fast schwarzen Sphenit, während der
vom Felsberg zumeist schwarz und weiß gesprenkelt erscheint. Allein
nicht nur die Wissenschaft beschäftigt sich mit diesen Felsen, auch
die Industrie wandte ihnen wieder erhöhte Aufmerksamkeit zu. Der
Marmor, mit dem der Süden seine Tempel und Paläste schmückt,
ist den zerstörenden Einflüssen des nordischen Klimas nicht ge-
wachsen; härter sind die Granite und Spenite, und als man sie zu
polieren anfang, konnten sie in der Tat den Marmor im Norden
ersetzen. So entstanden die verschiedensten Granitarbeiten, die im
Baumeister eine Rolle spielen: Säulen, Wandverkleidungen in Vor-
hallen, polierte Stufen und Podeste, Pilaster und Friese, die in
den verschiedenen Farbzusammenstellungen das Auge entzücken;
ferner Denkmäler aller Art, monumentale Brunnen, Postamente
für Standbilder und vollständige Grabmonumente. Diese Stein-
industrie entwickelte sich zuerst in Schottland, wo sie heute noch in
hoher Blüte steht. Schweden und Norwegen sowie Italien liefern
zuerst ausgezeichnete verschiedenfarbige Granite. Die roten
Blöcke wurden auch nach Deutschland gebracht und hier bearbeitet.
Endlich begann man sich, daß auch in deutschen Bergen prächtige
Felsen standen und nur auf die regsame Hand warteten, die sie
in Werte umwandelte. Da wurde es wieder lebendig an den Ab-
hängen des Odenwaldes; der Hammer dröhnte durch die Wälder,
und an der alten Bergstraße und anderswo entstanden wiederum
Stätten einer Steinindustrie, die unter ganz modernen technischen
Erzugnissen arbeitet. Leider hat die gegenwärtige Krise und
die Stillfährdung dem Steinhauer den Hammer aus der Hand ge-
schlagen, hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, die den jetzigen
Zustand ändert.

berichtigt gewesen sei, daß Arbeits- und Lohnverhältnis zu kün-
digen und neue Arbeits- und Lohnbedingungen anzubieten. Die
von uns eingeleiteten Gegenschritte unterliegen noch weiteren
Erwägungen.

Beim Termin brüstete sich der Beklagte damit,
daß eine Anzahl Steinseher und Schleifer sich
um Arbeit beworben hätten, obwohl die Sperre
verhängt sei. Dies gibt Veranlassung, nochmals auf die wohl-
begründete Sperre hinzuweisen und deren Beachtung zu fordern.
Außerdem sind die betrieblichen Verhältnisse sowie die Löhne der-
art, daß auswärtige Kollegen schwerlich dort ihre Existenz finden
können, ganz abgesehen davon, daß es alles andere, nur keine
Freude ist, dort zu arbeiten. Besonders die Kollegen im Fichtel-
gebirge sowie im Odenwald mögen diese Notiz und natürlich die
Sperre beachten, denn aus diesen Bezirken sucht Herr Koppe
Dumme für seinen Betrieb.

Hamburg. Eine gut besuchte Versammlung der Steinseher und
Berufsgenossen am 17. Februar wurde vom Fachgruppenleiter Koll.
W. Meins mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Geschäftliche
Mitteilungen. 2. Bericht von den Verhandlungen. 3. Die Ver-
einigung der Steinseher usw., ihre Tätigkeit und Statuten, und
wie haben wir uns gegen diesen Verein zu verhalten. — Der Koll.
Meins machte die Mitglieder auf die kommende Lehrlingsver-
sammlung aufmerksam und ersuchte, hierfür zu agitieren. Ferner
wurde bekanntgegeben, daß die Senatsverordnung über die Ein-
stellung von 75 bzw. 90 Prozent aus den Reihen der Erwerbs-
losen nicht befristet, sondern auch noch weiterhin gültig ist. Den
Bericht über die Verhandlung betreffs der 7stündigen Arbeitszeit
bis vorläufig zum 18. März gab Koll. Meins, und wurde vom
Koll. Blunt noch ergänzt. Gleichzeitig wurde auch die Frage auf-
geworfen, ob es unter den jetzigen Verhältnissen nicht angebracht
wäre, die Arbeitszeit allgemein zu verkürzen. Die Ausprache
hierüber war eine sehr ausgiebige, und die Mehrzahl der Redner
befürwortete die Verkürzung der Arbeitszeit. Gegner der Ver-
kürzung waren die sogenannten oppositionellen Redner, und zwar
der Vertreter eines Betriebes, wo die Kollegen ständig in Arbeit
stehen. Die Gegner sind der Ansicht, daß durch eine Verkürzung der
Arbeitszeit keine Erwerbslose in Arbeit kommen. Dieses wäre auch
von einigen Wirtschaftsführern bewiesen worden. (Die 6-Stunden-
Schicht und Einstellung von 25 Prozent neuer Leute in einigen
Betrieben in Hamburg ist diesen Kollegen immer noch unbekannt.)
Die Versammlung stimmte der Vereinbarung zu und beauftragte
die Verhandlungskommission, eine Verkürzung der Arbeitszeit an-
zutreiben und tariflich zu vereinbaren. — Dann geht der Galleiter
Koll. A. Gökemeyer näher auf die Gründung des Gesellen-
vereins ein und erläutert der Versammlung deren Statuten. Nach
den Statuten zu rechnen, ist die Vereinigung gelb, denn von irgen-
diner Unterstützung für Streiks, Aussperrung usw. ist hierin nichts
erwähnt. Auf welche Art und Weise es dieser Verein nun bewerk-
stelligen will, bessere, würdigere und sozialere Arbeitsverhältnisse
zu schaffen, als wie sie jetzt durch „den morschen und verrotteten“
Steinarbeiterverband geschaffen sind, ist ein Rätsel, das hoffentlich
bald von diesen Strategen gelöst wird. Wenn dieser Verein sich
hierbei so intelligent erweist, wie bei den Klagen, die gegen den
Verband usw. geführt werden, so werden die Arbeitsverhält-
nisse usw. bestimmt die denkbar schlechtesten. Deshalb muß es die
Aufgabe unserer Mitglieder sein, die angebliehen 180 Berufs-
angehörigen auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die ihnen
drohen, wenn es zu irgendwelchen ernsthaften Tarifdifferenzen
kommen sollte, womit jetzt gerechnet werden muß. Wie lange diese
Vereinsmitglieder sich noch zufrieden geben ohne jegliche Unter-
stützung bei Erwerbslosigkeit usw., dürfte sich auch bald entscheiden.
Eine ruhige und sachliche Auffklärung muß erfolgen, damit wieder
eine einheitliche Organisation im Gewerbe geschaffen wird. Auf
Grund der Klagen gegen den Verband bzw. gegen einzelne unserer
Mitglieder durch diese Vereinigung sind wir gezwungen, eine
Aenderung der tariflichen Bestimmungen für die Ferien- und Wohl-
fahrtsrichtlinien vorzunehmen, damit letzten Endes die Einrichtung
durch das blindwütige Handeln dieser Vereinsbrüder nicht unter-
graben wird, zum Schaden aller Berufskollegen. Wenn der jetzige
Führer dieses Vereins androht, er würde in ganz Nordwestdeutsch-
land seine Bewegung weitertreiben, so haben wir dieses nicht zu
fürchten, denn in den übrigen Jahrestellen würde er schwerlich die
erforderlichen Dummheiten finden, die jede Woche 1 Mark für eine
solch unsinnige Vereinspielerei wegwerfen. Ueber die Verwen-
dung der Beiträge ist im Statut nichts zu finden, mit Ausnahme
der Sterbeunterstützung. — Die Ausprache hierüber war eben-
falls eine rege, und es wurden mehrere recht drastische Fälle an-
geführt, wie unkollegial, kriecherisch und bittend sich die Mitglieder
der Vereinigung betragen. Die Gründung dieses Vereins wurde
einmütig verworfen. Keine Einmütigkeit bestand bei den Dis-
tinktionsrednern darüber, aus welchen Ursachen die Gründung erfolgt
ist. Die Redner der sogenannten Opposition sind der Ansicht, daß
der Verband ein großer Teil Schuld daran hätte, weil nicht genügend
getan würde; es müßte gestreift werden und die Mitglieder wollen
revolutionäre Taten sehen. Auch wären die Beiträge viel zu
hoch. Für die Jugend (Lehrlinge) würde nichts geleistet. Die
übrigen Redner sind der Ansicht, daß es sich um eine Vereinigung
von Beitragsgehenden handelt, die damit rechnen, daß, wenn erstere
Tarif- und Lohnhöhen aussetzen, sie vom Steinarbeiterver-
band mit offenen Armen aufgenommen und unterstützt werden. —
Der Koll. Meins hätte sich genügend um die Lehrlinge bemüht,
aber leider würde er von den Steinsehern in seiner Tätigkeit
nicht genügend unterstützt. Gegen die Aenderung der Ferien-
und Wohlfahrtsrichtlinien hatte nur ein Redner Bedenken. Es wurde
beschlossen, daß von allen Auszahlungen (Ferien- oder Winter-
unterstützung) ein Abzug von 5 Prozent für kranke, in Not ge-
ratene usw. Berufsangehörige erfolgt. Den Organisierten oder
in anderen Verbänden Organisierten werden weitere 5 Prozent
für Geschäftskosten in Abzug gebracht. Nach Erledigung von
einigen Berufs- und Verbandsangelegenheiten schloß Koll. Meins
die Versammlung mit dem Appell an die Mitglieder, daß die
Kollegen für die Zukunft dafür Sorge tragen, daß alle Versamm-
lungen zum mindesten so gut besucht werden.

Erwin.

Soran N.-L. Am 1. März fand unsere Monatsversammlung
statt. Bei einer Mitgliederzahl von 40 hatten nicht alle sozial
Energie, an derselben teilzunehmen. Diese Faulheit zeigt, was
diese Kollegen für Interesse am Verbands haben, dabei nehmen
Klagen und Unzufriedenheiten kein Ende. Die Tagesordnung war
der wirtschaftlich schweren Zeit entsprechend. Kollege Breuer
hielt einen kurzen Vortrag über die wirtschaftliche Lage und Wer-
betätigkeit. Redner schilderte in verständlichen Worten die Gefahren,
in die sich die Arbeiter begeben, wenn sie nicht auf der Hut sind
und die Wachsamkeit verstärken. Das vergangene Jahr mit seinen
Mißerfolgen auf sozialpolitischem Gebiet und die Lohnabbauwelle,
die über ganz Deutschland geht, muß dem Arbeiter gezeigt haben,
welchen Krisen und politischen Parteien er diese Zustände zu ver-
danken hat. Das rücksichtslose Unternehmertum wartet nur die
günstige Gelegenheit ab, aufs neue mit aller Brutalität gegen
die kollektiven Tarifverträge vorgehen zu können. Nichts zeigt den
Arbeitern den gewaltigen Wert und die Unentbehrlichkeit der Or-
ganisation besser als der zunehmende Ansturm der Reaktion. Ohne
Organisation wäre die Arbeiterschaft ein Spielball der gegen-
sätzlichen Unternehmerinteressen. Darum darf das Werben und
Wirken für den Verband nicht nachlassen, damit die Aktionsfähig-
keit des Verbandes aufrechterhalten bleibt. Unsere Zahlstelle kann
am 3. März auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken. Der Stein-
seher Hermann Neumann kann das 30jährige Jubiläum als
Kämpfer für unsere Sache mitfeiern. Um das Interesse der Kol-
legen mehr als bisher an den Versammlungen zu wecken, wurde in
der Vorstandssitzung beschlossen, kurze Vorträge und Verlesungen

von wichtigen Gesetzen und Erklärungen vorzunehmen. Kollege
Breuer, der sich der Sache angenommen hatte, sprach über das
Submissionswesen. Da dieses auch unsern Beruf angeht, setzte der
Vortragende die Vor- und Nachteile des Submissionswesens aus-
einander. Alles anzuführen, ist nicht möglich. Die Mühe, die der
Kollege für seine Arbeit aufwandte, hätte ein vollständiges Er-
schließen aller Kollegen der Zahlstelle zur Folge haben müssen. Kol-
lege, macht euch mit dem Ernst der Lage vertraut, lest unsere
Verbandszeitung. — Die Besammlungen finden,
wenn nicht anders angeordnet, bestimmt jeden Sonntag
vor dem Monatsersten statt.

Der Jahresbericht 1930 von der Zahlstelle Berlin liegt gedruckt
der Redaktion vor. Einfach und sauber der Druck, gut gegliedert der
stoffliche Inhalt. Auf 30 Seiten schildert knapp und prägnant der
Vorstand Kollege Nitzsche die organisatorische Arbeit in der heu-
tigen Vielseitigkeit mit allem Drum und Dran. Die Wirtschaft-
skrise gestaltet diese Verbandsarbeit seit Jahr und Tag noch kompli-
zierter, besonders bei der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten, vor
dem Arbeitsgericht, beim Kampf mit den Gewerkschaftsvertretern,
mit den gewerkschaftlichen Organisationen und bei der allgemeinen Agi-
tation. Auf weiteren 7 Seiten des Berichts schildert Kollege Ma-
rens die Finanzgebarung dieser räumlich so großen Verwaltungs-
stelle, die für die Zentralkasse eine Einnahme von 133 754 Mark
erzielte, einschließlich eines Zuflusses aus der Hauptkasse von
20 000 Mark. Von den Gesamteinnahmen flossen 70 264 Mark in
Bar an die Hauptkasse. Die Lokalkasse der Berliner Filiale schließt
mit einem Bestand von 20 757 Mark ab. Der örtliche Kassenbestand
hat sich seit 1929 um 10 683 Mark verringert. Ein Beweis der hohen
örtlichen Anforderungen und ein solcher der örtlichen Hilfe an die
erwerbslosen und notleidenden Mitglieder. Der Mitgliederbestand
am Jahreschluss war in Berlin 2321; im Vergleich zu 1929 ein
Rückgang von 105 Mitgliedern. Ansehend ist aber übersehen wor-
den, der Mitgliederabnahme eine solche über die berufliche Zu-
sammensetzung hinzuzufügen, auch würde es für Nachschlagszwecke
und zur Schnellorientierung angebracht sein, künftig die 2. Seite
des Titelblattes für ein Inhaltsverzeichnis auszuwerten. Aus dem
Bericht ist noch besonders erwähnenswert, daß der „Gesellenverein
der Steinseher Groß-Berlin“ bereits im Sommer 1930 eingegangen
ist. Man erinnere sich noch der Großspürigkeit, mit der diese Ge-
sellensvereiner sich breit machten; sie wollten den Zentralverband
der Steinarbeiter in Berlin vernichten und haben sich selber orga-
nisiatorisch umgebracht. Neuerdings hat sich folgende Firma eta-
bliert: „Verband der Steinarbeiter, Opposition“. Hier treiben die
Ausgeschlossenen Anders, Willig, Holzfaller und Konjorten ihr Un-
wesen zum Schaden der Berliner Kollegen und zum Gaudium der
Unternehmer. Aber auch mit dieser Sonderorganisation werden
unsere Berliner Kollegen fertig werden, dafür bürgt ihre gesunde
gewerkschaftliche Konstitution. Von den übrigen der vorliegende Be-
richt auf jeder Seite bereites Zeugnis ablegt. Von den Schluß-
betrachtungen des Kollegen Nitzsche geben wir nachstehendes wieder,
denn das geht alle Kollegen, auch außerhalb Berlins, an:

Wie wäre es der Ortsverwaltung möglich, die im vorstehenden
Bericht geschilderte Arbeitsleistung, besonders in agitatorischer Be-
ziehung, zu erledigen, wenn nicht eine Anzahl ehrenamtlich tätiger,
gewerkschaftlich gesulter und idealistisch eingestellter Funktionäre
treue Mitarbeit leisten würden. Der Bericht kann ja nur einen
Auszug geben von den Arbeiten, die verrichtet werden mußten.
Es ist im Rahmen eines Geschäftsberichts nicht möglich, auf alle
Einzelheiten einzugehen. Es kann nur darauf hingewiesen werden,
daß die Arbeiten im Büro, bei Entgegennahme der Beiträge, Aus-
zahlung der Streik-, Erwerbslosen-, Nothfall-, Steuerunterstützungen,
Wohlfahrtsgehalte usw., bei Erledigung des Schriftwechsels mit der
Zentrale, den einzelnen Kollegen und Unterzahlstellen, dem Ar-
beitsgericht, den verschiedensten Behörden und den Unternehmer-
verbänden, dem Verband der Zeitungen usw. von Jahr zu Jahr
einen größeren Umfang annehmen. Auf der anderen Seite wird
die Arbeitskraft der Angestellten und Funktionäre durch Teilnahme
an Sitzungen, Verhandlungen, Vertretungen beim Arbeits- und
Landesarbeitsgericht, bei den Gewerkschaften, in Spruchauschüssen,
durch Besuch der Betriebs-, Bezirks-, Gruppen- und Generalver-
sammlungen, der Kontrolle der Baustellen usw. immer mehr in
Anspruch genommen. Darum ist es uns auch in diesem Jahre wie-
der dringendes Bedürfnis, allen Mitarbeitern und Funktionären,
die in mühevoller Kleinarbeit mithelfen, den Dank der Organi-
sation auszusprechen. Vieles wäre noch leichter zu erledigen und
manches Mitglied könnte neu gewonnen werden, wenn jeder organi-
sierte Kollege es als seine Pflicht ansehen würde, die Funktionäre
in der Agitationsarbeit zu unterstützen, ebenso würden
regelmäßige Buchkontrollen viel dazu beitragen,
das immer noch vorhandene Restantennwesen zu
beseitigen.

Es muß jedem Kollegen klar sein, daß nicht die Angestellten den
Verband darstellen, sondern die Mitglieder der Verband ist und
die Angestellten nur den Willen der Mitglieder (die Beschlüsse) in
die Tat umzusetzen, resp. den Mitgliedern mit Rat und Tat zur
Seite stehen sollen. Wenn sich jeder Kollege diese Gedankengänge zu
eigen macht und am Verbandsleben aktiven Anteil nimmt, sachliche
Kritik dort ansetzt, wo sie angebracht ist und selbst mitläßt, etwa
vorhandene Fehler und Unförmigkeiten zu beseitigen, dann wird
die Organisation noch viel besser als bisher ihre Stoßkraft zur
Hebung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Kol-
legen ausnützen können...

Berden. Am 22. Februar fand im Gewerkschaftshaus die Gene-
ralversammlung statt. Der Kassierer, Kollege Junge, verlas die
Jahresabrechnung, die einen Lokalkassenbestand von 334 RM. er-
gab. Anschließend erfolgte ein kurzer Ueberblick über das Ge-
schäftsjahr. Die Versammlung dankte dem Kassierer für seine ge-
wissenhafte Geschäftsführung und erteilte dem Vorstand Entlastung.
Zum Ortsvorstand wurde gewählt: 1. Vorsitzender Wilt. Klinker,
2. Vorsitzender Heint. Sündermann, Kassierer Adolf Junke, Schrift-
führer Ernst Lührs, Revisoren Bernh. Moje und Herm. Bruns.
Der Kollege Galleiter Aug. Gökemeyer gab eine Erläuterung
über den Entwurf zum Lohnvertrag, dieser wurde von den Kollegen
als nicht diskutierbar abgelehnt. Bemängelt wurde, daß der Kol-
lege Konrad Hoin bei dem Unternehmer H. Metterhausen (Nien-
burg) anfang zu arbeiten, ohne sich zu erkundigen, warum die vor-
her beschäftigten zwei Kollegen entlassen wurden. Die Solidarität
scheint bei diesem Kollegen auch nur äußerlich zu sein. Vom Aus-
schluß aus dem Verband wurde abgesehen. Die Hilfszahlstelle Nien-
burg wünscht, daß ein Kollege aus Nienburg zum nächsten Wander-
kursus mit entsendet wird.

Südwest, Sassen. Die am 15. Februar in Chemnitz tagende Be-
zirksitzung war hauptsächlich wegen der Tarifbindung der Unter-
nehmer erufen. Galleiter Mühlle referierte über „Die all-
gemeine Lage in der Steinindustrie.“ Nach statistischen Angaben
herrscht die Wirtschaftskrise in unserem Gebiet genau so stark wie
in anderen Steingebieten. Von rund 1000 Beschäftigten bei nor-
malen Zeiten sind zur Zeit nur noch 110 beschäftigt. Bei einer
größeren Firma läuft noch ein Stilllegungsantrag, der die Ziffern
ganz wegstreift. Der von den Arbeitgebern uns zugestellte Bezirks-
tarifentwurf verlangt, außer anderen Verschlechterungen, einen
Lohnabbau von 25 Prozent. Die Ferien waren gar nicht erwähnt.
Dieser Entwurf wurde abgelehnt und einer von uns einmütig
angenommen, der den Arbeitgebern zugesandt wurde. Unser Ent-
wurf enthält unter anderen die Forderung auf Einführung der
40stündigen Arbeitswoche, um mehreren Kollegen Arbeit zu schaffen.
— Der bisherige Bezirksleiter Koll. Runze, wurde einmütig
wiedergewählt. In den Zahlstellen des Bezirks droht nach den Be-
richten der Delegierten eine zunehmende Flaubeit einzutreten; Aus-
nahme macht Wittweida, wo man bei großer Arbeitslosigkeit noch
rekllos zum Verband steht. Mit einigen guten Ratschlägen und einem
organisatorischen Appell schloß Kollege Runze die anregende Tagung.

Rundschau

Auch Steinmehlen und Steinleger als Gewerbelehrer? Wichtig für jüngere Kollegen in Preußen! Eine unter anderem für manchen Kollegen nicht aussichtslose Laufbahn ist die des Gewerbelehrers. Erfreulicherweise hat man nämlich die Modetransparenz unserer Tage, den Berechtigungsanspruch, also das Erfordernis einer höheren Schulbildung für diese Berufsarten nicht eingeführt, sondern auch dem einfachen Manne, sofern er fachlich geeignet ist, hierin entsprechende Aufstiegsmöglichkeiten vorbehalten. Besondere Kurse zur Vorbereitung auf die Eignungsprüfung für die Zulassung zu den bestehenden einjährig-lehrerähnlichen Lehraufstellungen, den staatlichen berufspädagogischen Instituten, sind nunmehr wieder neu vorbereitet.

Zu Ostern dieses Jahres wird nämlich ein neuer Kursus zur Vorbereitung auf die Eignungsprüfung für die Zulassung zu den staatlichen berufspädagogischen Instituten in den Städten Breslau, Berlin, Frankfurt a. M. und Essen eingerichtet. Die Kurse sollen besonders begabten Angehörigen praktischer Berufe, die sich dem Beruf eines Gewerbelehrers zuwenden wollen, Gelegenheit geben, sich die Kenntnisse zu erwerben, die für das Bestehen der vorerwähnten Eignungsprüfung erforderlich sind. Voraussetzung für die Aufnahme in die Kurse ist: Vollendung des 19. Lebensjahres, Besitz einer guten Volksschulbildung und möglichst abgeschlossener Besuch einer Berufsschule oder einer gleichwertigen Anstalt, Nachweis einer praktischen Tätigkeit von mindestens vierjähriger Dauer auf einem Berufs- oder Fachgebiet, für das fachliche Kurse eingerichtet oder Eignungsprüfungen abgehalten werden sollen, ein polizeiliches Führungszeugnis, ein amtliches Gesundheitszeugnis mit der besonderen Erklärung, daß der Bewerber den Anforderungen des Berufes des Gewerbelehrers körperlich gewachsen ist. Es genügt, wenn das Gesundheitszeugnis nach Bestehen der Aufnahmeprüfung für die Teilnahme an dem Kursus vorgelegt wird. So ganz einfach ist also die Sache nicht, denn es gehören ganz bestimmte Charaktereigenschaften dazu. Aber dennoch!

Die Kurse dauern bei wöchentlich neunstündigem Unterricht neben der Berufsarbeit sechs Halbjahre und werden als freiwillige Veranstaltungen den Berufsschulen angegliedert. Sie finden statt: In Berlin an der 8. Berufsschule, Grünlager Straße 5; in Breslau an der 1. Gewerblichen Berufsschule, Wilmannstraße; in Essen an der 2. Berufsschule für Handwerker, Seminarstraße 19; in Frankfurt a. M. an der 3. Berufsschule für Graphik und gestaltende Gewerbe, Moltkeallee 23.

Das Schulgeld beträgt 2 Mark für die Halbjahreswochenstunden. Nähere Auskünfte über die Teilnahme an den Kursen (Anmeldung, Beginn, Schulgeld) erteilen die Direktoren der vorbezeichneten Berufsschulen.

Im Westen nichts Neues. Reichstag, Presse und Öffentlichkeit bejahren sich in diesen Tagen wieder mit dem Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“. Dieser wird von jedem unbefangenen Beurteiler als ein Kunstwerk von hoher Qualität und erschütternder Wirkung bezeichnet. Es ist zu bedauern, daß der Kreis derjenigen, die den Film aus eigener Anschauung zu beurteilen vermögen, so gering ist. Zur rechten Zeit erscheint ein Buch, welches 200 der markantesten und schönsten Bilder des Filmstreifens, darunter solche, die zum Verbot führten, in wirkungsreichen Kupferstichdrucken herausbringt. Die Bilder sind mit kurzen Textworten versehen, welche den Film auch für die verständlich machen, die den Roman von Remarque noch nicht kennen. Dem Buch ist weitestehende Verbreitung zu wünschen. Es beweist, daß gegen die Aufführung des Films an sich ernsthafte Bedenken nicht erhoben werden können, daß sein Verbot tatsächlich nur aus innerpolitischen Rücksichten erfolgte. Es bedeutete ein Zurückweichen vor den Kräfteereignissen politischer Verhetzer, die den Film meistens nicht einmal gesehen hatten.

Um dem Buch den Weg im Kreise der Arbeiterschaft zu bahnen, bringt die Verlagsgesellschaft des ADGB eine Organisationsausgabe heraus, die nur 1,50 Mark kostet anstatt 2,85 Mark.

Ermäßigte Preise. Alle wanderlustigen Gewerkschaftsmitglieder werden an einem Beschluß der letzten Reichsversammlung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ über Vergünstigungen für die Mitglieder der freien Gewerkschaften interessiert sein. Der Beschluß besagt, daß die Mitglieder der Zentralkommission für Arbeitssport und Körperpflege sowie die Mitglieder der freien Gewerkschaften auf den Naturfreundehäusern gegenüber den Nichtmitgliedern Preisermäßigung erhalten.

Gewerkschafter, die Ferienwanderungen unternehmen, sollten darum in erster Linie die Benutzung der in allen Teilen Deutschlands und Österreichs vorhandenen Naturfreundehäuser in Betracht ziehen.

„Jedem Deutschen eine gesunde Wohnung.“ Diese Verheißung befindet sich in der Reichsversammlung. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Wohnungsnot ist in Deutschland nach wie vor sehr groß. In einer Beilage des B. T., „Die Brücke“, befindet sich durchschlagendes Material darüber. Daraus ergibt sich folgendes: 13 232 000 Menschen bewohnen weniger als einen ganzen, aber mindestens einen halben Raum, teilen also bis zu 2 Personen

einen sogenannten Raum. Die Küche ist als Wohnraum mitgerechnet. 2 512 000 Menschen bewohnen zu zwei bis drei Personen einen Raum. 474 000 bewohnen zu drei bis vier Personen einen Raum. 120 000 Menschen bewohnen zu vier bis fünf Personen einen Raum. 69 000 Personen bewohnen zu mehr als fünf Personen einen einzigen Raum. Eine Million Familien sind ohne eigene Wohnung und wohnen als Untermieter. In Berlin lebt die Hälfte aller kinderreichen Familien in Wohnungen, die von Staats wegen als überfüllt bezeichnet werden. Von etwa 3200 Kindern, die täglich in Deutschland geboren werden, erblicken Tag für Tag mehr als 1200 junger Lebewesen das Licht einer Welt von 4 ungeunden, engen, häßlichen Wänden, in denen — ohne genügend Luft und Licht für einen einzigen Menschen — mehrere Personen sich zusammendrängen, in denen Schlafen, Waschen und oft auch Erwerbstätigkeit, Liebe und Haß, Krankheit und alle Notdürfte menschlichen Lebens auf unerträglich engem, unentrinnbarem Raum sich zusammensperren. Von etwa 2100 Menschen, die täglich in Deutschland sterben, schließen Tag für Tag 700 bis 1000 ihre Augen in der gleichen Atmosphäre der Not. Und in derselben dunklen stickigen Enge spielen sich für zwanzig oder mehr Millionen Menschen die Jahre ab, die zwischen Geburt und Tod liegen... Die Tuberkulose ist die „Wohnungsstrahle“ unserer Zeit. Von denen, die in Berlin in ihren Wohnungen starben, wohnten 40 v. H. in Einzelzimmerwohnungen und 42 v. H. in Zweizimmerwohnungen. Das erscheint nicht als Zufall, wenn man sieht, was eine Rundfrage bei den Fürjorgestellten ergab: Von 64 000 Kranken mit offener Tuberkulose haben 16,7 v. H. wegen Raummangels kein eigenes Bett. Aus dem Berliner Stadtteil Neukölln: Von den gesamten Tuberkulösen hat nur ein Viertel einen eigenen Schlafraum; 31 v. H. teilen das Schlafzimmer mit Erwachsenen, 38 v. H. mit Kindern... Für einen Quadratmeter oder Kubikmeter Wohnung aber muß der Arme oft wesentlich mehr zahlen als der Bemittelte; trotzdem er ungleich weniger Luft und Sonne, weniger hygienische Qualität und Bequemlichkeit, Unterkunft in einer ungleich schlechteren Wohngegend erhält als der Reiche, der „Großabnehmer“ des Verkäufers der Ware Wohnung.

So sieht es mit den Wohnungsverhältnissen in Deutschland aus. Trotzdem feiern von den 900 000 Bauarbeitern ungefähr drei Vier-

Verbandstreue

Im Monat Februar konnten in nachstehenden Zahlstellen die genannten Verbandsmitglieder auf eine 25- und mehrjährige ununterbrochene gewerkschaftliche Mitgliedschaft zurückblicken. In

Abterode: Martin Hettehausen, Jakob Schäfer, Karl Füllgräbe.

Bayreuth: Otto Großmann, Martin Lauterbach, Lorenz Gehardt, Johann Kaiser, Johann Semgenberger, Johann Dollhopf, Konrad Hermannsdorfer, Hans Kraßer.

Bremen: Heinrich Wenning, Johann Marken, Dietrich Töbelmann, Friedrich Stehmer, Heinrich Schierenbed, Friedrich Simers, Heinrich Meithe, Heinrich Ladmann, Karl Evers, Hinrich Bothe, Hermann Budde, Johann Boje.

Eisenberg: Paul Herfurth, Hermann Prüfer.

Essen: Peter Koch.

Gotha: Matthäus Walther, Joseph Hajtler, Franz Buchmann.

Grünberg: Emil Eckert, Reinhold Günther, Robert Hootke.

Kirchensammitz: Heinrich König.

Langensfeld: Wilhelm Göbel.

Metten: Otto Senft, Alois Steininger, Kaver Stettmeier, Franz Schattentrost, Alfons Probst, Michl Arzbinger, Kaver Rufner, Joseph Rufner, Ludwig Baker, Michl Voggenreuther, Georg Baumgartner, Ferdinand Eibl, Wolfgang Heigl, August Senft, Johann Sieder, Theodor Stofinger, Theodor Ebner, Albert Schnellbacher, Joseph Reher, Andreas Gegenfurtner, Joseph Gruber, Kaver Kraus, Ludwig Jankl, Franz Schwarzmüller, Camelbert Heigl, Joseph Artmeier, Kaver Tremel, Alfons Stettmeier.

Offenbach: Philipp Orth, Fridolin Brand.

Seußen: Johann Zeitler, Michael Kammerer.

Zabel: Wilhelm Münch, Ernst Zeiler, Otto Richter.

Den genannten Kollegen nachträglich noch die besten Wünsche zu ihrem gemeinschaftlichen Ehrentage. Mögen sie noch recht viele Jahre in den Verbandsorten wirken und dem Nachwuchs als Beispiel dienen.

Briefkasten

Mietzinssteuer. Die Tabelle darüber in Nr. 9 bezieht sich auf Sachsen.

M. K. i. B. Mit dem Wort „Vermögensrechtlich“ ist im Zusammenhang mit dem übrigen Wortlaut des Vertrages folgendes umschrieben:

1. Barvermögen und Einkommen, soweit dieses das beschlag- bzw. pfändungsfreie Einkommen übersteigt;
2. Aller Besitz von Sachen mit Ausnahme derer, die nach § 811 der ZPO nicht gepfändet werden dürfen.

Blauberg. R. M. Die Krankenkasse ist verpflichtet, mindestens 26 Wochen Krankengeld zu gewähren. — Nach der Verordnung vom 11. Februar 1929 über die Anerkennung von Berufskrankheiten als entschuldigende Unfallfolgen sind unter Abz. 15 nur Erkrankungen der Muskeln, Knochen und Gelenke durch Arbeiten mit Preßluftwerkzeugen entschuldigend. Erkrankungen anderer Organe, deren Ursache Arbeit mit Preßluftwerkzeugen ist, werden nicht als Unfallfolge anerkannt.

Flüchtlingsänderungen

2. Gau: **Görlitz I. Kass.:** Gustav Menz, Troisdorferstraße 97. — **Hindenburg. Vorj.:** Kramm, Bebelstraße 25. Kass.: Joseph Daniel, Hindenburg-Zaborze II, Winklerstr. 7. — **Lauban. Vorj.:** Artur Lindner, Nikolai-Vorstadt 3. — **Häslitz. Postbezeichnung:** Striega-Land. — **Schweidnitz (Schlej.). Vorj.:** Erich Greulich, Langstraße 13.
3. Gau: **Zittau. Vorj. u. Kass.:** Julius Lange, Carpporstraße 12c.
4. Gau: **Halberstadt. Vorj.:** Karl Homeyer, Rosenwinkel 17.
5. Gau: **Magden. Kass.:** Jos. Maffelter, Rudolfstraße 64. — **Magden. Vorj.:** Joseph Mayer, Mühlenweg 29.
6. Gau: **Deßeln. Vorj.:** Georg Miedl, Löhningen, Post Tiengen (Amt Waldshut).
11. Gau: **Cuzhaven. Vorj.:** Joseph Herzfer, Sahlburg bei Cuzhaven, Northheimstraße.

tel. Welche blühende Industrie wäre hier zu entwickeln, wenn von den verantwortlichen Stellen die Hemmungen ausgeschaltet und der Baumarkt angekurbt werden könnte. Welcher Krisentheoretiker zeigt hier einen Ausweg?

Die Gefahren einer Gruppen-Lebensversicherung des Werks. Die Firma Adam Opel AG., Rüsselsheim, hatte in der Weihnachtswoche für etwa 6000 ihrer Werksangehörigen ohne Kosten für diese eine Gruppen-Lebensversicherung bei der Versicherungsgesellschaft Phönix abgeschlossen. Die gesamte Belegschaft, soweit sie volljährig ist, einschließlich der Beamten war dadurch mit einem Versicherungsbetrag von 12 1/2 Millionen Mark versichert. Im Monat Januar haben sich ungefähr 90 v. H. der Belegschaft entschlossen, die Versicherung unter Übernahme eines Teiles der Prämie fortzuführen. Jeder Arbeiter oder Angestellte der Firma Opel hat also eine Lebensversicherung in Höhe von 2500 Mark, die er bei Erreichung des 60. Lebensjahres oder bei vollständiger und dauernder Invalidität vor Erreichung desselben in 40 monatlichen Raten von je 62,50 Mark beziehen kann. Es muß eine einheitliche Monatsprämie von 1,25 Mark von jedem Arbeiter und Angestellten geleistet werden. Die Firma Opel trägt einen Teil der Monatsprämien. Man kann in diesem Experiment den Versuch sehen, die soziale Sicherstellung jedes Arbeitnehmers der Firma zu erhöhen. Die freiwillige Last, die die Firma Opel damit aufnimmt, kann als Illustration dafür gelten, daß die deutsche Industrie keineswegs unter den sozialen Lasten zusammenzubrechen droht. Die Vorteile der Versicherung für die Arbeiter brauchen hier nicht besonders erwähnt zu werden. Nun kommen aber die damit verbundenen Nachteile. Wenn ein Arbeiter oder Angestellter bei der Firma ausscheidet, geht er seines Anspruches auf die Gruppenversicherung verlustig. Ein Anspruch auf Rückzahlung der Beiträge besteht nicht. Wohl hat der Betreffende im Falle des Ausscheidens das Recht, bei der Versicherungsgesellschaft Phönix eine gewöhnliche Lebensversicherung zu normalen Bedingungen, aber nur in gleicher Höhe wie bisher in der Gruppenversicherung, abzuschließen. Als Eintrittsalter gilt das dann erreichte Alter. Also auch in der Altersbemessung kommt eine Berücksichtigung der vorher aufgeführten Leistungen nicht in Frage. Hier besteht eine außerordentlich große Gefahr. Man muß die Frage untersuchen, weshalb die Firma Opel zu einer derartigen Maßnahme überging. Sie hat es in der Hoffnung getan, die Arbeiter und Angestellten fester an das Unternehmen zu binden. In der Tat bildet diese Gruppen-Lebensversicherung eine außerordentliche Fessel für jeden Arbeiter und Angestellten. Diese werden viel eher bereit sein, verschlechterte Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Rücksicht auf die Versicherung in Kauf zu nehmen. Was hier an Bewegungsfreiheit auf dem Spiele steht, vermag sich jeder selbst auszubedenken. Es ist zu befürchten, daß das Beispiel von Opel Schule macht. Es ist für jeden Arbeiter und Angestellten viel besser, wenn er sich selbst in seinem Versicherungsunternehmen, der Volksfürsorge, versichert, anstatt sich mit unsichtbaren Ketten an ein Unternehmen fesseln zu lassen. Denn dann ist er diesem unter allen Umständen ausgeliefert.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

1. Gau: In Stettin wurden die Steinmehlen und Schleifer von den Grabsteingehäusen ausgeperrt, weil sie sich einem 14prozentigen Lohnabbau nicht fügen wollten.
2. Gau: In Dobrilugk vom Schleifereibetrieb Koppe fernbleiben!
4. Gau: In Bitterfeld ist für Kollegen aus dem Straßenbau die Fa. Hermann Bär wegen Lohnunterschieden gesperrt; ferner in Halle a. S. Otto Hirschfeld und Otto Kahlke, in Ammenborn b. Halle: Franz Werleburger, in Weißenfels: Otto Reinhardt und Schulze & Mühlhaus, in Mücheln, Bezirk Halle: Karl Geißler. — Von Jena a. Unstrut bleiben Steinmehlen fern wegen Lohnreduzierung.
5. Gau: Wuppertal-Barmen. Im Bereich der Zahlstelle dürfen keine Steinleger usw. zureisen.
6. Gau: Sämtliche Betriebe der Fa. Pflasterstein- und Schotterindustrie Tiefenstein sind zu meiden wegen Maßregelung. Die Kollegen wollten sich dem Lohnabbau nicht fügen.
10. Gau: Im Bezirk Wernigerode a. Harz haben folgende Firmen: H. Wegener, G. Struß, Wolfram, E. Rißau, Hannover, Basaltwerke die Kollegen ausgeperrt. Keine Zureise!

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

- Berjammlungen.**
- Sonntag, 22. März:
In Weißwasser um 9 Uhr im Volkshaus.
Für Deßeln in Rappach um 14 Uhr bei Baumhölzer (Stellungnahme zur Betriebsratswahl).
- Sonntag, 29. März:
In Triebendorf um 14 Uhr in der Vereinshalle Wieja u (außerordentliche Generalversammlung).

Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung! — Dieser Hinweis gilt für alle Berufsgruppen und alle Zahlstellen. Eine besondere Bekanntmachung dieser Art für einzelne Zahlstellen ist deshalb überflüssig.

Neue Bücher und Zeitschriften

Das Märzheft der „Büchergilde“ enthält wieder viele interessante literarische Beiträge und Abbildungen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen eine von Fritz Winkler illustrierte Erzählung von G. Overgaard, eine Novelle von Gerhard Kahl, eine Fabel von Erich Kästner und eine Betrachtung „Arbeiter und Naturwissenschaft“ von Kurt Rißing. Der Auswahl des Büchermagazins, u. a. von E. R. Weiß, Heinrich Zille und Richard Seewald, ist wieder die Sorgfalt anzumerken, die alle Ergänzungen der Büchergilde auszeichnet. Das vorliegende Heft enthält auch eine ausführliche Aufzählung der bisher erschienenen Werke der Büchergilde Gutenberg, 118 Bücher der erzählenden und der populärwissenschaftlichen Literatur, die sämtlich zur freien Auswahl stehen.

„Die Frau im Dritten Reich.“ Der Titel einer neuen Broschüre von Dr. W. Hoegner, M. d. R., ein Titel, der viel verspricht. Viel Aufklärung und viel Entwarnung. Aber das Versprechen wird auch gehalten, denn der Verfasser versteht es in mühevoller Weise, nicht nur die Phrasen der Nationalsozialisten über die Stellung der Frau im Dritten Reich in ihrer ganzen Hohlheit aufzudecken, sondern er weiß nur allem denjenigen unter den Frauen, die nicht erkannt haben, was in der Nachkriegszeit für sie errungen wurde und die in Gefahr sind, sich von den Phrasen der Hitler, Goebbels und Konjorten einfangen zu lassen, deutlich zu machen, was sie im Lager der Nazis erwartet. Der Verlag J. S. W. Dieck Nachf. brachte die 16 Seiten starke Broschüre zum niedrigen Preise von 20 Pfennig heraus.

Adam Kemmels, M. d. R.: Die Futterkrippe. Eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Preis 30 Pfennig. Verlag J. S. W. Dieck Nachf., G. m. b. H., Berlin.

Adam Kemmels setzt sich in dieser vorzüglichen Aufklärungsschrift speziell mit der Stellung des Nationalsozialismus zu den Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten auseinander. Er deutet die Absicht der Hakenkreuzler auf, den Zutritt zur Beamtenlaufbahn wiederum zum Privileg bevorzugter Gruppen zu machen, er legt überzeugend dar, welche Ausichten dem Gros der Beamten blühen, wenn die reaktionären Absichten des Nationalsozialismus verwirklicht werden sollten. Für jeden Beamten, gleichviel welcher Stellung, aber auch für jeden politisch Interessierten ist die Schrift Adam Kemmels von höchstem Wert.

Anzeigen

Pflasterhämmer
aus bestem Schweisstahl
Rammen, Brechelstahl
und sämtliche Werkzeuge
für den Straßenbau liefert
auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.
Spareinlagen von 1 RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 3898, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 33284, Breslau, Postcheckkonto Breslau 414, Dresden, Postcheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postcheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Kelheim.** Am 27. Februar der Brecher Joseph Holzapfel, 55 Jahre alt, 16 Wochen krank, Sprengunfall.
- Rostock.** Am 28. Februar der Granitsteinmetz Walter Malzahn, 32 Jahre alt, 14 Monate krank, Nierenleiden.
- Obernkirchen.** Am 28. Februar der Brecher Christian Schwardt, 63 Jahre alt, Lungenentzündung. War bereits 3 Jahre Invalide.
- Hohenleuben.** Am 4. März der Brecher E. A. Beossi, 51 Jahre alt, 6 Monate krank, Lungenentzündung.
- Stettin.** Am 5. März der Steinsetzer Karl Treptow, 44 Jahre alt, 1 Jahr krank, Rückenmarkleiden.
- Hannover.** Am 6. März der Steinsetzer Karl Reincke, 77 Jahre alt, Altersschwäche.
- Hamburg.** Am 8. März der Schleifer Reinhold Kreller, 54 Jahre alt, 12 Wochen krank, Magenkrebs.
- Randersacker (Bez. Würzburg).** Am 3. März der Steinmetz Alois Düring, 30 Jahre alt, 2 1/2 Monate krank, Lungentuberkulose.
- Kirchberg.** Am 9. März der Pflastersteinmacher Hermann Kögler, 52 Jahre alt, 4 Jahre krank, Magenoperation.
- Merzenberg.** Am 11. März der Brucharbeiter Herm. Ringsdorf, 21 Jahre alt, 2 Wochen krank, Gehirngrippe.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag Ernst Windler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Politische Faktoren der Arbeitslosenkrise

(I.G.B.) Je mehr man sich bei der Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit mit allgemein wirtschaftlichen Faktoren befaßt, um so deutlicher zeigt es sich, daß von dieser Seite her nur wirksam eingegriffen werden kann, wenn die zu treffenden Maßnahmen einen internationalen Charakter haben.

Die im Monat Januar in Zürich abgehaltene zweite Vollversammlung des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Behandlung der Frage des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit eingeschickten gemeinsamen Kommission hat denn auch den vorwiegend wirtschaftlichen Fragen mit politischem Hintergrund (Geld- und Kreditpolitik, Monopole usw.) gesonderte Beschlüsse gewidmet und daneben die allgemeinen politischen Faktoren in einer speziellen Resolution niedergelegt, die wie folgt lautet:

I. Da die ständige politische Unruhe unzweifelhaft die Wirtschaftskrise verschärft, ist die erste Voraussetzung der Besserung der wirtschaftlichen Lage die Sicherung des Friedens. Nur der konsolidierte Friede ermöglicht eine auf Vertrauen gegründete Zusammenarbeit zwischen den Nationen, mit dem Ziel einer alle umfassenden Organisation der Produktion und des Austausches und der Schaffung eines wahrhaften, immer größerer Expansion fähigen Weltmarktes.

Wenn so die Festigung des Friedens unerlässliche Vorbedingung für jede wirksame wirtschaftliche Zusammenarbeit ist, so ist nicht weniger gewiß, daß diese Zusammenarbeit ihrerseits eines der wichtigsten Mittel für die Konsolidierung des Friedens darstellt. Die im Zeichen des Völkerbundes zugunsten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten eingeleiteten Bemühungen müssen unterstützt werden. Es obliegt der Arbeiterbewegung jedes Landes, auf ihre Regierung einen Druck auszuüben, um sie zu veranlassen, sich an diesem Werk zu beteiligen.

II. Die Schaffung eines dauerhaften Friedens setzt selbstverständlich die Entwicklung des Völkerrechts, der Schiedsgerichtsbarkeit und der internationalen Gerichtsbarkeit, die Entwicklung von Organisationen voraus, die imstande sind, über die Aufrechterhaltung des Friedens zu wachen und ihn zu sichern. Der Kelloggpaakt, die Generalakte für die friedliche Regelung internationaler Streitfälle, die Fakultativklausel sind die ersten Schritte auf dem Wege zu diesem Ziel.

III. In wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht ist die engere Verbindung der europäischen Staaten eine dringende Notwendigkeit. Man muß aber um jeden Preis vermeiden, daß die europäische Zusammenarbeit gegen einen Staat oder eine Staatsgruppe gerichtet sei oder daß sie zu einem europäischen Protektionismus entarte.

IV. Die großen Zahlungen, die Deutschland als Reparationen an seine Gläubiger und diese als Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten zu leisten haben, haben schon bisher wesentlich dazu beigetragen, die Weltwirtschaft zu desorganisieren, und drohen, in Zukunft das in noch höherem Maße zu tun.

V. Die Revision der Verträge als Ziel setzt, die andere auf deren Integrität beharrt. Europa kann ebensowenig wie ein Einzelstaat unter der Herrschaft einer unüberwindlichen Verfassung leben.

VI. Der italienische Faschismus hat nicht nur die Finanzen und die Industrie Italiens an den Rand des Verderbens gebracht. Er hat auch alle anti-demokratischen und friedsfeindlichen Tendenzen in einer großen Reihe von Ländern gefärbt.

VII. Dem Austausch zwischen den Sowjetrepubliken und dem übrigen Teil der Welt stehen gegenwärtig zahlreiche Hindernisse im Wege. Auch dies ist zweifellos eine der Ursachen der Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichtes.

VIII. Die Völker Indiens, Chinas und die Kolonialvölker befinden sich zum Großteil gegenwärtig in einer schmerzlichen Krise. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die internationale Wirtschaftskrise dadurch in zweifacher Weise verschärft wird.

IX. Die Arbeiterbewegung kann es keineswegs zulassen, daß man zu einer einfachen Beschränkung der Rüstungen ohne Herabsetzung komme. Ihre Kämpfe sind untrennbar, sie stellen an sich eine ernste Ursache wirtschaftlicher Störungen dar.

X. Die Revision der Verträge als Ziel setzt, die andere auf deren Integrität beharrt. Europa kann ebensowenig wie ein Einzelstaat unter der Herrschaft einer unüberwindlichen Verfassung leben.

auf immer größere Schwierigkeiten, je mehr die Gläubigerstaaten ihre Zolleinrichtungen erhöhen. Diese Schwierigkeiten verstärken bedeutend die allgemeine Tendenz zu Schuldexporten, die den Weltmarkt desorganisieren.

Dabei muß erwähnt werden, daß von den Summen, die von Deutschland an seine direkten Gläubiger zu zahlen sind, ungefähr zwei Drittel von diesen wiederum an andere Gläubiger gezahlt werden müssen. Wenn der amerikanische Schuldennachschuß, der vom aufgelösten Teil der amerikanischen öffentlichen Meinung gefordert wird, verwirklicht werden könnte, würde gemäß dem Haager Übereinkommen der Vorteil dieses Schuldennachschusses zum größten Teil an Deutschland übertragen werden.

Europa lebt immer noch unter dem Regime von Versailles und eine der Tatsachen, die am meisten die Zukunft des Friedens bedrohen, ist die immer deutlicher werdende Gefahr einer Trennung der Staaten in zwei feindliche Gruppen, von denen die eine sich die Revision der Verträge als Ziel setzt, die andere auf deren Integrität beharrt.

Europa kann ebensowenig wie ein Einzelstaat unter der Herrschaft einer unüberwindlichen Verfassung leben. Es muß, wenn es immer wiederkehrende Erschütterungen vermeiden will, eine Methode finden, die die Verfassungsrevision durch die kollektive Willensstimmung der Staaten ermöglicht.

Aber so sehr Europa eines Mechanismus zur friedlichen Umänderung der Verträge bedarf, so müssen sich doch die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften mit ihrer ganzen Kraft dem Versuch des faschistischen Imperialismus Italiens widersetzen, unter der Flagge der Revision der Friedensverträge alle unzufriedenen Nationen Europas um sich zu sammeln und seinem egoistischen und kriegerischen Imperialismus dienlich zu machen.

Der italienische Faschismus hat nicht nur die Finanzen und die Industrie Italiens an den Rand des Verderbens gebracht. Er hat auch alle anti-demokratischen und friedsfeindlichen Tendenzen in einer großen Reihe von Ländern gefärbt. Die wirtschaftlichen Wirkungen der deutschen September-Wahlen haben gezeigt, wie sehr das Erstarren der faschistischen Tendenzen die Kredit- und Produktionskrise verschärft.

Die Arbeiterbewegung kann es keineswegs zulassen, daß man zu einer einfachen Beschränkung der Rüstungen ohne Herabsetzung komme. Ihre Kämpfe sind untrennbar, sie stellen an sich eine ernste Ursache wirtschaftlicher Störungen dar. Sie steigern ungeheuerlich die Kriegsgefahr. Sie aufrechtzuerhalten, wäre eine Herausforderung an die Vernunft und an den guten Menschenverstand.

Die Völker Indiens, Chinas und die Kolonialvölker befinden sich zum Großteil gegenwärtig in einer schmerzlichen Krise. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die internationale Wirtschaftskrise dadurch in zweifacher Weise verschärft wird.

Die Arbeiterbewegung kann es keineswegs zulassen, daß man zu einer einfachen Beschränkung der Rüstungen ohne Herabsetzung komme. Ihre Kämpfe sind untrennbar, sie stellen an sich eine ernste Ursache wirtschaftlicher Störungen dar.

Die Arbeiterbewegung kann es keineswegs zulassen, daß man zu einer einfachen Beschränkung der Rüstungen ohne Herabsetzung komme.

Die Arbeiterbewegung kann es keineswegs zulassen, daß man zu einer einfachen Beschränkung der Rüstungen ohne Herabsetzung komme.

Die Arbeiterbewegung kann es keineswegs zulassen, daß man zu einer einfachen Beschränkung der Rüstungen ohne Herabsetzung komme.

Die Arbeiterbewegung kann es keineswegs zulassen, daß man zu einer einfachen Beschränkung der Rüstungen ohne Herabsetzung komme.

Die Arbeiterbewegung kann es keineswegs zulassen, daß man zu einer einfachen Beschränkung der Rüstungen ohne Herabsetzung komme.

Die Arbeiterbewegung kann es keineswegs zulassen, daß man zu einer einfachen Beschränkung der Rüstungen ohne Herabsetzung komme.

Die Arbeiterbewegung kann es keineswegs zulassen, daß man zu einer einfachen Beschränkung der Rüstungen ohne Herabsetzung komme.

Die Arbeiterbewegung kann es keineswegs zulassen, daß man zu einer einfachen Beschränkung der Rüstungen ohne Herabsetzung komme.

Die Arbeiterbewegung kann es keineswegs zulassen, daß man zu einer einfachen Beschränkung der Rüstungen ohne Herabsetzung komme.

Die Arbeiterbewegung kann es keineswegs zulassen, daß man zu einer einfachen Beschränkung der Rüstungen ohne Herabsetzung komme.

Eine Warnung zur Vorsicht!

Aus Essen erfahren wir die furchtbaren Folgen eines unbedachten Scherzes, wobei ein Arbeitskollege im Bergwerksbetrieb den anderen mit Preßluft getötet hat.

„Auf den Jochen gibt es sogenannte Staubkammern, in denen meist jugendliche Vergleute beschäftigt werden. Auch der Angeklagte D. war in einer solchen Staubkammer beschäftigt. Er hatte unter anderem einen Preßluftschlauch zu handhaben, durch den der ungeheure Druck von fünf bis sechs Atmosphären geleitet wurde.“

Der Reichsverband für das deutsche Stein-, Pflaster- und Straßenbaugewerbe hielt am 2. und 3. März in Magdeburg seine 18. Jahresversammlung ab. Die öffentliche Tagung des Verbandes — so entnehmen wir den örtlichen Tageszeitungen — leitete der Verbandsvorsitzende Ehren-Obermeister Schwabach-Leipzig ein.

Der Reichsverband für das deutsche Stein-, Pflaster- und Straßenbaugewerbe

Der Reichsverband für das deutsche Stein-, Pflaster- und Straßenbaugewerbe hielt am 2. und 3. März in Magdeburg seine 18. Jahresversammlung ab. Die öffentliche Tagung des Verbandes — so entnehmen wir den örtlichen Tageszeitungen — leitete der Verbandsvorsitzende Ehren-Obermeister Schwabach-Leipzig ein.

Im Namen des Oberbürgermeisters überbrachte Stadtbaurat Götsch dem Verbandspräsidenten die Grüße der Stadt Magdeburg. Er forderte die Fachverbände auf, dafür Sorge zu tragen, daß die aus der Kraftfahrsteuer fließenden Gelder für den vernünftigen Straßenausbau Verwendung finden.

Im Mittelpunkt der Tagung stand der Vortrag des Magistratsbaurats Menken-Magdeburg über „Kritische, technische und wirtschaftliche Betrachtungen zum Bau städtischer Straßen.“ Der Redner gab einleitend einen allgemeinen historischen Überblick über die Entwicklung des Steinpflaster-Straßenbaues und der neuzeitlichen Bauweisen aus Teer, Asphalt oder Beton nach der Zeit des Weltkrieges und der Inflation, als es sich darum handelte, wassergebundene Schotterstraßen in Straßen mit dauerhaften Belägen umzuwandeln.

Der Redner gab einleitend einen allgemeinen historischen Überblick über die Entwicklung des Steinpflaster-Straßenbaues und der neuzeitlichen Bauweisen aus Teer, Asphalt oder Beton nach der Zeit des Weltkrieges und der Inflation, als es sich darum handelte, wassergebundene Schotterstraßen in Straßen mit dauerhaften Belägen umzuwandeln.

Der Redner gab einleitend einen allgemeinen historischen Überblick über die Entwicklung des Steinpflaster-Straßenbaues und der neuzeitlichen Bauweisen aus Teer, Asphalt oder Beton nach der Zeit des Weltkrieges und der Inflation, als es sich darum handelte, wassergebundene Schotterstraßen in Straßen mit dauerhaften Belägen umzuwandeln.

Der Redner gab einleitend einen allgemeinen historischen Überblick über die Entwicklung des Steinpflaster-Straßenbaues und der neuzeitlichen Bauweisen aus Teer, Asphalt oder Beton nach der Zeit des Weltkrieges und der Inflation, als es sich darum handelte, wassergebundene Schotterstraßen in Straßen mit dauerhaften Belägen umzuwandeln.

Der Redner gab einleitend einen allgemeinen historischen Überblick über die Entwicklung des Steinpflaster-Straßenbaues und der neuzeitlichen Bauweisen aus Teer, Asphalt oder Beton nach der Zeit des Weltkrieges und der Inflation, als es sich darum handelte, wassergebundene Schotterstraßen in Straßen mit dauerhaften Belägen umzuwandeln.

Der Redner gab einleitend einen allgemeinen historischen Überblick über die Entwicklung des Steinpflaster-Straßenbaues und der neuzeitlichen Bauweisen aus Teer, Asphalt oder Beton nach der Zeit des Weltkrieges und der Inflation, als es sich darum handelte, wassergebundene Schotterstraßen in Straßen mit dauerhaften Belägen umzuwandeln.

Der Redner gab einleitend einen allgemeinen historischen Überblick über die Entwicklung des Steinpflaster-Straßenbaues und der neuzeitlichen Bauweisen aus Teer, Asphalt oder Beton nach der Zeit des Weltkrieges und der Inflation, als es sich darum handelte, wassergebundene Schotterstraßen in Straßen mit dauerhaften Belägen umzuwandeln.

Der Redner gab einleitend einen allgemeinen historischen Überblick über die Entwicklung des Steinpflaster-Straßenbaues und der neuzeitlichen Bauweisen aus Teer, Asphalt oder Beton nach der Zeit des Weltkrieges und der Inflation, als es sich darum handelte, wassergebundene Schotterstraßen in Straßen mit dauerhaften Belägen umzuwandeln.

Der Redner gab einleitend einen allgemeinen historischen Überblick über die Entwicklung des Steinpflaster-Straßenbaues und der neuzeitlichen Bauweisen aus Teer, Asphalt oder Beton nach der Zeit des Weltkrieges und der Inflation, als es sich darum handelte, wassergebundene Schotterstraßen in Straßen mit dauerhaften Belägen umzuwandeln.

Der Redner gab einleitend einen allgemeinen historischen Überblick über die Entwicklung des Steinpflaster-Straßenbaues und der neuzeitlichen Bauweisen aus Teer, Asphalt oder Beton nach der Zeit des Weltkrieges und der Inflation, als es sich darum handelte, wassergebundene Schotterstraßen in Straßen mit dauerhaften Belägen umzuwandeln.

Der Redner gab einleitend einen allgemeinen historischen Überblick über die Entwicklung des Steinpflaster-Straßenbaues und der neuzeitlichen Bauweisen aus Teer, Asphalt oder Beton nach der Zeit des Weltkrieges und der Inflation, als es sich darum handelte, wassergebundene Schotterstraßen in Straßen mit dauerhaften Belägen umzuwandeln.

Der Redner gab einleitend einen allgemeinen historischen Überblick über die Entwicklung des Steinpflaster-Straßenbaues und der neuzeitlichen Bauweisen aus Teer, Asphalt oder Beton nach der Zeit des Weltkrieges und der Inflation, als es sich darum handelte, wassergebundene Schotterstraßen in Straßen mit dauerhaften Belägen umzuwandeln.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Willst du, daß wir mit hinein
in das Haus dich bauen,
Daß es dir gefallen Stein,
daß wir dich behauen

Arbeitsrechts- und andere Rechtsfragen

Wer uns vor nutzlosen Wegen
warnt, leitet uns einen ebenso
guten Dienst wie derjenige, der
uns den rechten Weg anzeigt.

Jeder Tag will neu geprägt sein,
Jede Tat will klug gewägt sein —

Jede Frucht braucht Licht und Regen,
Jeder Wunsch ein hüßl Erwägen —

Nur ein unbeirrtes Schreiten
Wird dich glatt ans Ziel geleiten.

Gewerkschaftliche oder politische Betriebsräte?

Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen erleben wir das eigenartige Schauspiel, daß verschiedene politische Parteien glauben, aus der Neuwahl der Betriebsvertretung parteipolitischen Nutzen ziehen zu können. Nicht nur die Nationalsozialisten und Kommunisten entfalten seit Wochen eine eifrige Agitation, sondern auch die sogenannten überparteilichen Stahlhelmeute kündigen einen Sturm auf die „roten Bastionen“ an. Durch dieses Gebahren sollen also die Betriebsratswahlen zu einem politischen Machtkampf gesteigert werden.

Dieses Tun und Treiben größenwahnsinniger Politiker und machthungriger Parteien ist nicht nur gewissenlos, sondern sinnwidrig. Die Betriebsräte haben keine politischen Aufgaben zu erfüllen. Alle entscheidenden politischen Interessenkämpfe inner- und außenpolitischer Art, alle Streitfragen der Finanz-, Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik werden in den Parlamenten und nicht in den Betrieben entschieden. Auch die Schaffung einer höheren sozialen Ordnung, die Aenderung des Wirtschaftssystems gehört nicht zu den Aufgaben der Betriebsratsvertretung. Wenn daher vielerorts die parteipolitischen Spulanten mit einem Rattenstanz von Forderungen auftreten, deren Erfüllung sie von der Betriebsratswahl abhängig machen, dann ist das nur ein Beweis ihrer grenzenlosen Dummheit oder hohlen Demagogie.

Zu den Aufgaben und Befugnissen der Betriebsratsvertretung gehören nach den Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes folgende Gebiete: Überwachung der Einhaltung von gesetzlichen Vorschriften und Tarifverträgen. Schaffung einer Arbeitsordnung oder besonderer Dienstvorschriften. Untersuchung von Beschwerden und Erledigung von Streitfällen. Bekämpfung von Unfall- und Gesundheitsgefahren, Mitwirkung bei Einstellungen, Entlassungen und Beförderungen und bei sonstigen Betriebswohlfahrtsmaßnahmen. Die Wahrnehmung dieser verschiedenartigen Interessen steht in erster Linie ein gründliches Wissen und eine arbeitsrechtliche Schulung voraus. Neben dieser geistigen Befähigung müssen die Mitglieder der Betriebsvertretungen feste und zuverlässige Charaktere sein. Beide Voraussetzungen erfüllen die kampferprobten und geschulten Gewerkschaftsfunktionäre in hohem Maße.

Die Arbeiter haben also in diesem Jahre darüber zu entscheiden, ob parteipolitische Geschäftemacher oder erfahrene und geschulte Gewerkschaftler wieder einen entscheidenden Einfluß auf die Betriebsratsvertretung erhalten sollen. Trotz der beispielsweise geistigen Verwirrung, die mit jeder Wirtschaftskrise verbunden ist, und trotz der anormalen Verhältnisse, in denen wir uns gegenwärtig befinden, müssen die diesjährigen Betriebsratswahlen eine Abfrage an die politischen Drahtzieher und wieder zu einer starken Vertrauens- und Bindung für die freien Gewerkschaften werden.

Die RGD treibt Unternehmerpolitik

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGD), die bei den diesjährigen Betriebsratswahlen mit besonders radikalen Tönen in Erscheinung tritt, kann für sich den traurigen Ruhm beanspruchen, die Unternehmergeschäfte in bester Weise zu besorgen. Für manche „revolutionären“ Anhänger mag dies unglaublich klingen. Tatsächlich ist es aber so. Nur ein Beweisstück von vielen.

In einer Broschüre: „Was will die RGD?“, deren Inhalt in der kommunistischen Parteipresse, so auch in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 20. und 31. Dezember 1930 veröffentlicht wurde, heißt es:

„Das gegenwärtig herrschende Tarifsystem ist in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik der Reformisten eine Fessel der Klassenkräfte des Proletariats, hindert die Erlämpfung von besseren Löhnen und muß auf schärfste bekämpft werden. Die von der reformistischen Bürokratie abgeschlossenen Tarife sind nicht anerkennen, sie müssen sabotiert und durchbrochen werden. Die Gewerkschaftsbürokratie hat kein Recht, im Namen der Arbeiter Tarife abzuschließen.“

Diese Darlegungen sind klar und eindeutig. Die RGD sieht ihre Hauptaufgabe darin, das „gegenwärtig herrschende Tarifsystem auf das schärfste zu bekämpfen“. Das ist das gleiche, was die Unternehmer wollen. Noch am 13. Februar d. J. schrieb die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ folgendes:

„Das Entscheidende aber ist, daß unser glorreiches Arbeitsrecht uns zwar nicht vor Wirtschaftskrisen schützt, wohl aber die absolute Unabdingbarkeit laufender Tarifverträge sichert. Der Tarifvertrag ist also unter allen Umständen (sanktioniert, ganz gleich, ob er bei der jeweiligen Wirtschaftslage eine Wohlstein am Hals des Schwimmers wirkt. Und hier liegt auch die Alternative, vor die die Not der Zeit das politische Deutschland stellt. Entweder wird wenigstens vorübergehend die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages geopfert oder aber die deutsche Wirtschaft leidet ihren Sturz in den Abgrund hoffnungslos fort.“

Kampf dem gegenwärtigen Tarifsystem! Das ist die Parole der RGD, das ist aber auch die Denke des Unternehmertums. Beide Gruppen (Unternehmertum und RGD) sind sich also nicht nur einig in der Bekämpfung der freien Gewerkschaften, sondern auch in ihren sozialpolitischen Zielsetzungen. Und so etwas nennt sich kommunistische revolutionäre Arbeiterpolitik. Wie lange soll dieses Theater noch dauern?

Die Unfalluntersuchung

Die Unfallversicherung tritt mit ihren Leistungen nur dann ein, wenn nachweislich ein Betriebsunfall vorliegt. Bei allen anderen Schadensfällen werden die Leistungsansprüche abgelehnt. Der Feststellung und Entscheidung darüber, ob ein Betriebsunfall vorliegt, dient in jedem einzelnen Falle die sogenannte Unfalluntersuchung. Die Feststellung dieser Untersuchungen beziehungsweise die Niederschriften derselben dienen als Grundlage für das gesamte Entschädigungsverfahren. Kauft bereits die Unfalluntersuchung nicht zugunsten des Versicherten aus, dann ist noch viel weniger — oder fast gar keine — Hoffnung für einen günstigen Verlauf des einseitigen Entschädigungsverfahrens zu erwarten. Aus diesen kurzen Andeutungen ist die ungeheure Wichtigkeit der Unfalluntersuchung ersichtlich. Leider ist dies in den Kreisen der Versicherten noch nicht genügend bekannt. Die Bestimmungen usw. über die Unfalluntersuchung sind für viele noch in tiefem Dunkel gehüllt. Es ist deshalb notwendig, auch hierauf einmal kurz einzugehen.

Die näheren Bestimmungen über die Unfalluntersuchung sind in den Paragraphen 1559 bis 1567 der Reichsversicherungsordnung festgelegt. Nach denselben ist eine Unfalluntersuchung für den Fall vorgeschrieben, daß ein Versicherter infolge Betriebsunfalles getötet wird oder derart verletzt worden ist, daß er voraussichtlich länger als 8 Wochen erwerbsunfähig ist. Die Untersuchung ist von der Ortspolizeibehörde vorzunehmen. Sie soll so bald wie möglich nach dem Unfall erfolgen. Um die Untersuchung überhaupt durchführen zu können, muß die Polizei von dem Unfall Kenntnis erhalten. Aus diesem Grunde ist jeder Arbeitgeber bei Vermeidung einer Strafe verpflichtet, jeden Unfall, der sich in seinem Betriebe ereignet, der Ortspolizeibehörde innerhalb drei Tagen nachdem er von ihm Kenntnis erhalten hat, anzuzeigen. Es ist jeder Unfall anzuzeigen, durch den ein Beschäftigter getötet oder so verletzt ist,

daß er stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird. Die Ortspolizeibehörde ist ohne besonderen Antrag oder Anordnung zur Untersuchung verpflichtet. Darüber hinaus kann die Krankenkasse oder die Berufsgenossenschaft auch dann die Untersuchung durch die Polizeibehörde beantragen, wenn es sich um geringfügigere Verletzungen handelt. Auf Grund dieser Bestimmungen braucht sich der Verletzte demnach nicht um das Zustandekommen der Untersuchung zu kümmern. Diese muß vielmehr automatisch erfolgen. Sehr wichtig ist nun, daß der Verletzte auch selbst eine Untersuchung beantragen kann, wenn dieselbe nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht von Amts wegen erfolgt sollte. Zu diesem Antrag sind gegebenenfalls auch die Hinterbliebenen des Versicherten berechtigt. Der Antrag ist bei dem Versicherungsamt zu stellen, welches ihn dann weiterleitet. Neben dem Verletzten oder seinen Hinterbliebenen können an der Untersuchung teilnehmen oder sich vertreten lassen die Träger der Kranken- und Unfallversicherung, der Unternehmer, das Versicherungsamt und die staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten. Auch sonst noch irgendwie Beteiligte sollen mit hinzugezogen werden. Der Verletzte oder seine Hinterbliebenen können auch einen Rechtsbeistand mitbringen. Zugelassen werden als Rechtsbeistand jedoch nur solche Personen, die das Verhandeln vor Behörden usw. nicht geschäftsmäßig betreiben. Auf Antrag des Versicherungsamtes oder auch des Verletzten können Sachverständige zugezogen werden. Die Kosten, die hierdurch entstehen, hat der Antragsteller zu tragen. In und durch die Untersuchung sollen alle Merkmale, wie Veranlassung, Zeit, Art des Unfalles, Name der Verletzten, Art der Verletzung usw. festgestellt werden. Ueber die Verhandlung ist eine Niederschrift zu machen, die an die Berufsgenossenschaft einzureichen ist.

Wichtige Entscheidungen

Ablehnung untertariflicher Arbeit ohne Folgen.

Ein Unternehmer verhielt sich tarifwidrig hinsichtlich eines Kollegen. Die Organisation erhob Klage beim Arbeitsgericht. Nach ehe dieser Rechtsstreit rechtskräftig entschieden war, wurde der Kollege entlassen. Gleichzeitig erklärte der Unternehmer, daß er sich an die Bestimmungen des Tarifvertrages nicht halte. Der entlassene Kollege stellte Antrag auf Arbeitslosenunterstützung, welche ihm bewilligt wurde. Nach einigen Wochen wurde ihm Arbeit bei dem früheren Arbeitgeber angeboten, welche der Kollege ablehnte, weil dieser nachweislich gegen den Tarifvertrag verstoße. Gegen die Auserlegung einer Sperrfrist erhob der Kollege Einspruch, in welchem er sich bereit erklärte, das Arbeitsangebot dann anzunehmen, wenn der Arbeitgeber tariflich entlohne. In seinem Einspruch machte der Kollege noch geltend, daß über den Betrieb des Arbeitgebers die Sperre verhängt worden sei wegen des tarifwidrigen Verhaltens. Das Reichsversicherungsamt beauftragte sich in letzter Instanz mit dem Streit und entschied: Wird von einer Arbeitnehmerorganisation über einen Betrieb deswegen die Sperre verhängt, weil der Unternehmer die Bestimmungen des für seinen Betrieb geltenden Tarifvertrages nicht innehält, so ist ein Arbeitsloser, für den dieser Tarifvertrag in Betracht kommt, berechtigt, die angebotene Arbeit in dem Betriebe abzulehnen, da die Annahme der Arbeit gegen die guten Sitten verstoßen würde. (RVA. IIIa Nr. 159/29, NfRV. 1930, S. 254.)

Wichtiger Grund zur Aufgabe der Arbeit.

Wenn der Arbeitnehmer seine Arbeit infolge eines wichtigen Grundes aufgibt, so erhält er in seiner Arbeitslosenunterstützung keine Sperrfrist. Ob für den Arbeitnehmer ein wichtiger Grund zur Aufgabe seiner Arbeitsstelle vorliegt, der die Anwendung der Sperrfrist ausschließt, beurteilt sich nach den Vorschriften der arbeitsrechtlichen Gesetze. Dabei entscheiden die Gesamtumstände des Einzelfalles. (RVA. IIIa Nr. 89/29, Bensch. Samml., Band 9, Seite 10.)

Kündigung eines Arbeiterratsmitgliedes bei Kurzarbeit.

Die Zustimmung zur Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes kann nach Lage des Einzelfalles unter der Bedingung erteilt werden, daß der Arbeitgeber, der für die Abfertigung des Betriebsratsmitgliedes Kurzarbeit von 24 Stunden — je 1 Woche Arbeit und 1 Woche Ferien — eingeführt hat, dem Betriebsratsmitglied ein gleichartiges Arbeitsverhältnis wie bisher mit einer Wochenbeschäftigung von 24 Stunden anbietet. Eine Sonderstellung kann demgegenüber dem Betriebsratsmitglied nur zugebilligt werden, wenn die Belange der Belegschaft es erfordern. (RVA. Nr. 50/29, Bensch. Samml., Band 9, Seite 589.)

Krisenunterstützung

ist grundsätzlich bis zu ihrer Erschöpfung zu gewähren. Wird ihr Bezug unterbrochen und danach ihre Weitergewährung beantragt, so ist nur zu prüfen, ob eine neue Anwartschaft erfüllt ist. (RVA. IIIa Nr. 265/30, NfRV. 1931, Seite 48.)

Krankengeld trotz unerlaubten Wegganges.

Ein erkranktes Mitglied einer Krankenkasse hatte ohne Genehmigung der Kasse den Kassenbezirk verlassen und verlangte trotzdem sein Krankengeld. Das Oberversicherungsamt Dresden (48 Kr. Dr. St./30) hat entschieden, daß beim unerlaubten Verlassen des Kassenbezirks nur der Anspruch auf Krankenpflege, nicht auch der Anspruch auf Krankengeld fortfällt. (Breith. Samml. 1931, S. 11.)

Fahrrad ist kein Arbeitsgerät.

Ein Arbeiter fuhr während der Mittagspause zur nahegelegenen Stadt, um sich bei einem Händler einen neuen Mantel für sein Fahrrad zu besorgen. Auf dem Rückwege zur Ziegelei stürzte er etwa 50 Meter vor dem Erreichen des Ziegeleigrundstücks auf einem öffentlichen Wege und brach sich das Genick. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Gewährung der Hinterbliebenenrente ab, weil ein privatwirtschaftliches Interesse vorlag. Nachdem zuvor das zuständige Oberversicherungsamt die Berufung zurückgewiesen hatte, hat nunmehr auch das Reichsversicherungsamt den Refus der Hinterbliebenen aus folgenden Gründen verworfen. Der Kläger hat den Weg in der Mittagspause zum Einkauf eines Fahrradmantels unternommen, also zu eigenwirtschaftlichen Zwecken. Er genöß deshalb auf diesem Wege nicht den Schutz der Unfallversicherung. Das Fahrrad kann nicht als Arbeitsgerät im Sinne von § 545b der Reichsversicherungsordnung angesehen werden, wenn der Kläger es auch regelmäßig zum Auffuchen der Arbeitsstätte benutzt haben mag. (RVA. Ia 552/29, Breith. Samml. 1931, Seite 27.)

Beurlaubung vom Arbeitsamt?

Bringt ein an sich unterstützungsberechtigter Arbeitsloser gegenüber dem Arbeitsamt hinreichend deutlich zum Ausdruck, daß er eine Zeitlang die Arbeitslosenunterstützung nicht beziehen wolle, und ist das Arbeitsamt ausdrücklich oder stillschweigend damit einverstanden, so rechnet diese Zeit nicht in die Dauer des Unterstützungsbezuges ein. Der Arbeitslose kann auch unter Fortdauer des Unterstützungsbezuges für eine bestimmte Zeit durch das Arbeitsamt von der Erfüllung der Meldepflicht befreit werden. (Grundf. Entsch. des RVA. IIIa Nr. 136/30, Breith. Samml. 1931, Seite 57.)

Arbeiter und Armenrecht

Weit verbreitet ist die irrige Meinung, daß die Bewilligung des Armenrechts von der Bezahlung der Gerichts- und Zwangsvollstreckungskosten für immer entbunden. In Wirklichkeit ist die Befreiung nur einstweilig und vorläufig; denn die zum Armenrecht zugelassene Partei ist zur Nachzahlung der Beträge, von deren Befreiung sie einstweilen befreit war, verpflichtet, sobald sie ohne Beeinträchtigung des für sie und ihre Familie notwendigen Unterhalts dazu instande ist.

Wer bekommt das Armenrecht? Wer außerstande ist, ohne Beeinträchtigung des für ihn und seine Familie notwendigen Unterhalts die Kosten des Prozesses zu bestreiten, hat auf Bewilligung des Armenrechts Anspruch, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung nicht mutwillig oder aussichtslos erscheint. Der Nachweis der Bedürftigkeit wird im allgemeinen durch Beibringung eines Mittellofigkeitszeugnisses angetreten. Hier ist zu empfehlen, den Grundbesitz, das z. B. Fürsorge- oder Arznenunterstützungsem pfänger zur Aufbringung der Prozesskosten nicht instande sind, generell anzuwenden, da bei diesen Personen die Bedürftigkeit bereits geprüft und anerkannt ist.

Wer bewilligt das Armenrecht? Das Gesuch ist beim Prozeßgericht anzubringen und kann vor dem Gerichtsschreiber zu Protokoll erklärt werden. Das Gericht prüft die Voraussetzungen, nämlich die Bedürftigkeit und die Frage, ob die beabsichtigte Rechtsverfolgung mutwillig oder aussichtslos erscheint. Die Entscheidung über das Armenrechtsgesuch ist gewissermaßen eine Vorentscheidung des Rechtsstreites.

Was erlange ich durch das Armenrecht? Der Kläger erlangt: 1. die einstweilige Befreiung von der Befreiung der rückständigen und künftig erwachsenden Gerichtskosten, einschließlich der Beamten-, Zeugen- und Sachverständigengebühren, baren Auslagen und Stempelsteuer, 2. die Befreiung von der Sicherheitsleistung für die Prozesskosten und 3. das Recht, daß ihm zur vorläufig unentgeltlichen Bewirtung von Justizstellen und Vollstreckungsverhandlungen ein Gerichtsvollzieher und, soweit eine Vertretung durch Anwälte geboten ist, zur vorläufig unentgeltlichen Wahrnehmung seiner Rechte ein Rechtsanwalt beigeordnet wird.

Kann das Armenrecht entzogen werden? Das Armenrecht kann zu jeder Zeit entzogen werden, wenn sich ergibt, daß eine Voraussetzung der Bewilligung nicht vorhanden ist oder war.

Gewerkschaften und Armenrecht

Die Klassen der Gewerkschaften sind durch die Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder und die Unterstützungsleistungen erheblich beansprucht worden. Zu den Kannleistungen der Gewerkschaften gehört auch der Rechtschutz für die Mitglieder. Es ist daher zweckmäßig, sich in erheblichem Umfang als früher des Armenrechts zu bedienen, wenn es sich um Rechtschutzsachen handelt, damit die Mittel für andere Zwecke frei werden. Die Gerichte pflegen bei solchen Gesuchen um Bewilligung des Armenrechts die Frage aufzuwerfen, ob denn der Kläger nicht einen Rechtschutzanspruch gegen seinen Verband habe. Diese Frage ist durchweg zu verneinen; denn die Leistung der Gewerkschaft ist nur eine Kannleistung. Nebenfalls hat das Mitglied darauf keinen Anspruch. Deswegen dürfen Armenrechtsgesuche der Gewerkschaften für Streitigkeiten ihrer Mitglieder aus dem Arbeitsrecht nicht mit dem Hinweis auf den Rechtschutz des Verbandes abgelehnt werden, wie ausdrücklich festzustellen ist.

Rechtsauskunft

Kein Zwang zu Auslandsarbeit: Die Verhängung einer Sperrfrist gegen den Arbeitslosenunterstützungsempfänger ist grundsätzlich unzulässig, wenn der Arbeitslose eine ihm angebotene Auslandsarbeit ablehnt. Die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes trägt das Aktenzeichen IIIa Nr. 169/29 und ist im Reichsarbeitsblatt 6/1931, Seite IV 87 veröffentlicht.

Wahlplakat am Haus: Mein Hauswirt macht mir sehr Vorwürfe, weil ich während einer Wahl am Wahltag draußen am Haus vor meinem Fenster eine Pappe herausgehängt habe, auf welcher ich zur Wahl der Liste 1 aufgefordert habe. Kann er mir so etwas veröleten? — Antwort: Das Aushängen eines Wahlplakates vor deinem Fenster gehört zum Recht der freien Meinungsäußerung und kann dir nicht verboten werden. Erst neuerdings ist eine derartige Entscheidung ergangen.

Eröffnung des Testaments: Ein Verwandter von mir ist vor 10 Wochen gestorben. Seine Angehörigen behaupten, daß ein Testament vorliegt, und verweigern nähere Angaben. Was soll ich zur Feststellung meiner Ansprüche tun? — Antwort: Wer ein Testament, das nicht in amtliche Verwahrung gebracht ist, im Besitze hat, ist verpflichtet, es unverzüglich, nachdem er von dem Tode des Erblassers Kenntnis erlangt hat, an das Nachlassgericht abzuliefern. Das Nachlassgericht eröffnet dann das Testament. Wer ein rechtliches Interesse glaubhaft macht, ist berechtigt, von einem eröffneten Testament Einsicht zu nehmen sowie eine Abschrift des Testaments oder einzelner Teile zu fordern; die Abschrift ist auf Verlangen zu beglaubigen.

Wandlung des eingebrachten Gutes: Da ich nichts habe, hat ein Gläubiger Sachen gepfändet, die meine Frau mit in die Ehe gebracht hat. Meine Frau hat aber mit der Schuld nichts zu tun. Antwort: Die Gläubiger des Mannes können nicht Befriedigung aus dem eingebrachten Gut der Frau verlangen. Deine Frau muß beim Gericht die Freigabe erwirken und beweisen, daß es sich um ihr eingebrachtes Gut handelt. Der Gläubiger muß dann die Sachen freigeben. Stelle zur Freigabe eine Kreißen.

Wahlschein durch die Frau: Meine Frau ist einem Kreißen zum Opfer gefallen und hat einen Wahlschein auf Wäsche unterschrieben. Muß ich bezahlen? — Antwort: Leider ja! Nicht oft genug kann gewarnt werden vor Vertretern und Bestellscheinen. Entgehen kannst du vielleicht dem Streit, wenn du der Firma deine Lage schreibst und um Entlassung aus dem Kaufvertrage bittest. Sollte dieser Weg erfolglos sein, so wird auch eine Pfändung fruchtlos ausfallen, wenn du nichts Pfändbares besitzt.

Lehrvertrag als Arbeitsvertrag: Wir streiten, ob der Lehrvertrag rechtlich als Arbeitsvertrag zu behandeln ist oder nicht. — Antwort: In jedem Lehrvertrag steckt auch ein Arbeitsvertrag. Das Reichsarbeitsgericht hat neuerdings entschieden: Der Lehrvertrag ist, soweit er als Arbeitsvertrag anzusehen ist, nach den Grundsätzen des Arbeitsrechts zu behandeln (Bensch. Sammlung, Bd. 10, S. 567).

Eine Glossie: 6 Gebote für Betriebsräte

1. Verjäume möglichst die Fristen für die Wahl des neuen Betriebsrats!
2. Als Stimmzetteln laß dir vom Arbeitgeber eine alte Pappschachtel geben; denn die Zeiten sind schlecht!
3. Als Stimmzettel nimmst du am besten eine Zeitung älteren Datums; denn die kannst du in beliebig viel Stücke zerreißen!
4. Hänge das Wahlauschreiben an einen dunklen Ort in die Nähe des Fußbodens; denn dort hält es sich am längsten!
5. Die Wählerlisten stellst du am besten aus dem Gedächtnis auf! Solltest du wirklich einige Wähler vergessen haben, so hast du immer noch Arbeit gepart!
6. Mach dir keine Sorgen wegen der Wahl und kümmere dich nicht; denn so kommst du am schnellsten ins Dritte Reich!